

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Oktober 2005

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt Deutschland und die Bundeswehr

Johannes Plotzki

Die Bilanz der Rot-grüne Außen- und Verteidigungspolitik:
Der militärische Arm lernt greifen. 3

Arno Neuber

60 Jahre auf dem „Deutschen Weg“, Geburtstag der
Bundeswehr 6

Laura Laabs

Die Würfel fallen im großen Spiel um Zentralasien:
Zur Rolle der EU und Deutschlands 11

Neue Kriege

Christoph Marischka

Das neue Bild vom Krieg 13

Jonna Schürkes

Bolivien im Spannungsfeld zwischen Regierung und
sozialen Bewegungen 18

Schlussseite

Programm vom IMI-Kongress

Editorial:

„Das ist ein dunkler Fleck auf meinem Ruf“, so der ehemalige US-Außenminister Colin Powell angesichts seiner dreisten Lügen, mit denen er letztlich der Irak-Krieg rechtfertigen half. „Ich bin derjenige, der es offiziell für die USA vor aller Welt präsentierte, und es wird für immer auf meinem Ruf lasten. Es war schmerzhaft. Es ist immer noch schmerzhaft.“ Dass er angibt, er fühle sich deshalb „furchtbar“, dürfte für die Menschen im Irak zwar kaum ein Trost sein, trotzdem, besser spät als nie, muss man wohl zum Eingeständnis Powells sagen.

Das Schlimme ist aber, dass trotz der offiziellen Bestätigung, dass die angeblichen Kriegsgründe der USA erstunken und erlogen waren, dies keinerlei Konsequenzen haben wird, obwohl mehr

als genug Material vorhanden wäre, um gegen George W. Bush ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten. Gleiches dürfte wohl leider auch für ein kürzlich gefälltes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gelten, das offiziell bestätigt, dass Deutschlands logistische Unterstützungsleistungen eine rechtswidrige Teilnahme am Irak-Krieg darstellten (mehr dazu in diesem AUSDRUCK).

Wie im Irak-Krieg zeigte sich auch anhand der Abstimmung über die Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr, dass die große CDU-SPD Koalition sich weitgehend einig ist. Zwar ist augenblicklich (Stand Ende September) noch fraglich, wer diese Koalition anführen wird, nicht aber, dass die neue Bundesregierung beabsichtigt,

die Militarisierung der deutschen Außenpolitik konsequent weiter zu betreiben.

Um der Öffentlichkeit ihre Kriege „schmackhaft“ zu machen, werden diese selbstverständlich immer als völlig selbstlose, humanitäre Unterfangen dargestellt. U.a. mit diesen fadenscheinigen Legitimationskonstrukten, für die sich tragischerweise auch immer mehr zivile Akteure instrumentalisieren lassen, beschäftigt sich der diesjährige IMI-KONGRESS, mit dem Titel „Friedliche Kriege? Die Zivilisierung des Militärischen oder die Militarisierung des Zivilen“, der am 19./20. November in Tübingen stattfindet. Das ausführliche Programm findet sich ebenfalls in dieser Ausgabe.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Johannes Plotzki, Militärischer Arm lernt greifen, in ngo-online 6. September 2005.; Δ Arno Neuber, 50 Jahre Bundeswehr, in Marxistische Blätter 2/05; Δ Christoph Marischka, Das neue Bild vom Krieg ist ein Vorabdruck des isw-Spezial

Entgrenzte Sicherheit, Nov. 2005.

Bildnachweise: S. 7, Bundeswehr; S. 24, Neuber/IMI; alle anderen Internet.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Arno Neuber, Johannes Plotzki, und Christoph Marischka sind IMI-Beiräte.

Laura Labs studiert Politikwissenschaft in Berlin und Potsdam. Jonna Schürkes ist in der Informationsstelle Militarisierung aktiv.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle: Informationsstelle Militarisierung e.V. Hechinger Str. 203 72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der militärische Arm lernt greifen

Bilanz der Rot-grüne Außen- und Verteidigungspolitik

Johannes Plotzki

Am Ende der zweiten Legislaturperiode überschreibt die rot-grüne Bundesregierung die Bilanz ihrer siebenjährigen Regierungstätigkeit mit den Worten „Meilensteine der Reformpolitik“. Unter den Stichworten „Friedensmission“ und „Friedenssicherung“ werden hierbei auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1998 aufgeführt. Was dabei als „friedenssichernde Maßnahmen“ in die Geschichte eingehen soll, lohnt in jedem Fall einer genaueren Betrachtung und bedarf in vielen Punkten der kritischen Ergänzung, um die in der „Reform-Bilanz“ klaffenden Lücken zu schließen.

Beispielsweise findet dort keine Erwähnung, dass die militärischen und paramilitärischen Auslandsaktivitäten in den letzten Jahren einen der höchsten Personalstände seit 1945 beanspruchen: Aktuell befinden sich insgesamt 6.601 Bundeswehrsoldaten und mehrere hundert Polizeikräfte in 32 Staaten im Rahmen von deutschen Auslandsoperationen.

Genauso vermisst man die Angabe, dass sich allein in den ersten vier Regierungsjahren die jährlichen Zusatzausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr von rund 186 Mio. Euro auf 1,5 Mrd. Euro verachtacht haben. Auch fehlt der Bilanz die Meldung, dass nach Geheimdienstkreisen bisher bis zu zwölf Bundeswehrsoldaten des unter strikter Geheimhaltung operierenden „Kommandos Spezialkräfte“ (KSK) in Afghanistan im Kampfeinsatz gefallen sein sollen. Doch beginnen wir von vorn.

Von der reinen Landesverteidigung zu weltweit operierenden Eingreiftruppen

Was sich nach nur sechs Monaten rot-grüner Regierungstätigkeit zwischen dem 24. März und 10. Juni 1999 ereignete, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Erstmals seit 1945 führen die Deutschen wieder Krieg. Bar jeder völkerrechtlichen Legitimation, ohne UN-Mandat und ohne offizielle Kriegserklärung bombardieren Tornados der Bundeswehr Städte und Dörfer im damaligen Jugoslawien.

Der somit unter Rot-Grün zum Abschluss gekommene Paradigmenwechsel deut-

scher Außenpolitik besitzt zwei unterschiedliche Ausprägungen, die letztlich nur zwei Seiten der gleichen Medaille sind.

Erstens: Das Grundgesetz schreibt in seinen Artikeln 87a und 155a bindend vor, deutsche Streitkräfte nur zur Territorialverteidigung (einschließlich der Bündnisverteidigung) einzusetzen, und Art. 26 GG verbietet alle Handlungen die einen „Angriffskrieg“ vorbereiten. Mit Einsätzen wie dem im Rahmen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien brach die rot-grüne Bundesregierung folglich einen aus den Erfahrungen mit dem Zweiten Weltkrieg resultierenden Grundsatz.

Der zweite Aspekt des bereits unter der Vorgängerregierung eingeleiteten, und mit den Luftangriffen auf Ex-Jugoslawien konkretisierten Paradigmenwechsels deutscher Außenpolitik ist in

Was sich nach nur sechs Monaten rot-grüner Regierungstätigkeit zwischen dem 24. März und 10. Juni 1999 ereignete, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Erstmals seit 1945 führen die Deutschen wieder Krieg. Bar jeder völkerrechtlichen Legitimation, ohne UN-Mandat und ohne offizielle Kriegserklärung bombardieren Tornados der Bundeswehr Städte und Dörfer im damaligen Jugoslawien.



den Begründungsstrategien zu sehen. Hatte 1995 der damalige Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) die Entsendung von Bundeswehrsoldaten und Tornados zur Luftaufklärung im Rahmen des NATO-Einsatzes in Bosnien als „zutiefst humanitäre Maßnahme“ bezeichnet, ist auch deren Verwendung im Frühjahr 1999 zur Bombardierung des Kosovo aus vermeintlich „humanitären Gründen notwendig“ geworden. Und damit schließt sich bereits der Kreis: Wegen mangelnder Rechtsgrundlagen werden fortan angebliche humanitäre Gründe ins Feld geführt, um die Umbildung der Bundeswehr von einer Armee zur Landesverteidigung hin zur weltweit einsetzbaren Interventionstruppe zu rechtfertigen. „Dass unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird, wird mittlerweile kaum noch bezweifelt“, bestätigte Verteidigungsminister Struck zuletzt sich selbst in einer Rede auf der Konferenz IMPULSE 21 am 13. Juni 2005 in Berlin.

Zusammenfassend kann bereits an dieser Stelle konstatiert werden, dass der unter der Kohlregierung sowohl rhetorisch, als auch theoretisch vorgelegte Richtungswechsel bereits in den ersten Amtsmonaten Schröders seinen Ausdruck in handfesten Tatsachen fand.

Bereits ganz selbstbewusst klingt dies nun sieben Jahre später auf der Homepage der Bundeswehr: „Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff.“

Dieser Satz entstammt den von Verteidigungsminister Struck am 21. Mai 2003 gezeichneten „neuen verteidigungspolitischen Richtlinien“. Darin erhält das veränderte Selbstbewusstsein deutscher Außenpolitik seine Legitimationsgrundlage: „Dementsprechend lässt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist“, heißt es in dem Papier. Und weiter: „Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes. Die Notwendigkeit für eine Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichem Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen.“

Die „starke Truppe“ innerhalb von EU und NATO

Eine Bundeswehr, die den so neu formulierten Erfordernissen gerecht werden will, bedarf einer anderen Ausrüstung

und Bewaffnung, als eine zum Zwecke der Landesverteidigung. In dieser Logik wurden von der rot-grünen Bundesregierung solche Beschaffungsmaßnahmen vorrangig behandelt, welche die Bundeswehr flexibler und schlagkräftiger machen, sowie ihren Aktionsradius erweitern sollen. Aber auch hinsichtlich ihrer personellen Aufstellung sind große Umstrukturierungen geplant und teils bereits abgeschlossen.

Strucks Pläne sehen vor, von 2006 bis 2010 die Bundeswehr so radikal umzubauen, wie noch nie. Eine neue Offensivkraft soll sie durch die Aufteilung in drei völlig neue Kategorien erhalten: in so genannte Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte. Die 35.000-Mann zählenden „Eingreifkräfte“ sind dann Hightech-Soldaten aller drei Teilstreitkräfte (Heer, Marine und Luftwaffe) mit entsprechender Ausrüstung für die schnellen Eingreiftruppen von EU und NATO.

Insgesamt zählen 70.000 Mann zu den „Stabilisierungskräften“. Sie sind für längerfristige Einsätze vorgesehen, beispielsweise im Rahmen von KFOR, SFOR und ISAF. Außerdem sollen ca. 147.500 Soldaten, inklusive 40.000 Soldatinnen und Soldaten in der Ausbildung, sowie ziviles Personal die „Unterstützungskräfte“ bilden.

Schon jetzt ist Deutschland das Land, das die meisten Soldaten in NATO- und EU-geführten Militäreinsätzen stellt. Jüngste Äußerungen Strucks belegen das. Mitte Juni sagte er: „Darüber hinaus ist Deutschland mit mehr als 5000 Soldatinnen und Soldaten an Einsätzen der NATO beteiligt. Das ist der mit Abstand größte Beitrag unter allen NATO-Mitgliedern.“

EU-Eingreiftruppe

Laut Beschluss vom November 2000, wird sich die Bundeswehr an der schnellen Eingreiftruppe der EU beteiligen, die weltweit einsetzbar sein soll. Mit 18.000 Bundeswehrsoldaten stellt die rot-grüne Bundeswehr das größte nationale Kontingent. Das Profil dieser insgesamt 80.000 Mann starken Eingreiftruppe wird es sein, binnen 60 Tagen bis zu 400 Flugzeuge und 100 Schiffe an jeden Ort der Erde verlegen zu können.

Battle Groups

Darüber hinaus plant die EU die Bereitstellung von sogenannten Einsatzgruppen („Battle Groups“) in der Größenordnung von 1.500 Soldaten, die innerhalb einer Reaktionszeit von 15 Tagen eigenständig eingesetzt werden sollen.

Ab 2007 wird Deutschland zusammen mit den Niederlanden unter Beteiligung von Finnland eine Battle Group bilden. Ab Mitte 2008 wird die Deutsch-Französische Brigade den Kern einer weiteren gemeinsamen Battle Group bilden, an der sich voraussichtlich auch Belgien, Luxemburg und Spanien beteiligen werden. Polen hat seine Bereitschaft signalisiert, ab 2009 die Führung einer Battle Group mit deutscher, lettischer und slowakischer Beteiligung zu übernehmen. An einer vierten Battle Group wird sich Deutschland zusammen mit Österreich und Tschechien beteiligen.

Schnelle Eingreiftruppe der NATO

Zudem hat sich die rot-grüne Bundesregierung im November 2002 bereit erklärt, sich an der von den USA vorgeschlagenen 21.000 Mann starken Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO Response

Force, NRF) zu beteiligen, die außerhalb des NATO-Gebiets im Namen der Terroristenjagd oder des angeblichen Kampfes gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen binnen 5 bis 30 Tagen einsatzfähig sein soll.

Das erste Kontingent von 9.000 Mann ist bereits einsatzfähig. Die Bundeswehr wird sich daran mit jeweils unterschiedlich großen Truppenanteilen beteiligen. Im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es 4000 deutsche Soldaten des Deutsch-Niederländischen Korps, im zweiten Halbjahr sind es 1800 Soldaten. Im ersten Halbjahr 2006 werden es 2600 Mann sein und im zweiten Halbjahr rund 5000. Bis Herbst 2006 soll die NRF voll aufgebaut sein. 5000 Soldaten der Bundeswehr stellen auch daran einen überproportionalen Anteil.

Die Beteiligung an den NATO-Interventionsstreitkräfte und denjenigen der EU ist aufeinander abgestimmt. Auf diese Feststellung legt Verteidigungsminister Struck viel Wert.

„Enduring Freedom“ am Horn von Afrika

Besonderes Augenmerk bei der Betrachtung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist auf die Beteiligung an der so genannten Operation „Enduring Freedom“ zu richten, die als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September 2001 und auf Grund deren Bewertung durch die NATO-Staaten als Angriff im Sinne der Beistandsverpflichtung der Artikels 5 des Nordatlantikvertrages, durchgeführt wird. Wichtig hierbei ist herauszustellen, dass es sich um keine NATO-Operation handelt, sondern um eine Operation des Central Command der USA. Auch wenn sich die Bundesregierung auf den NATO-Bündnisfall beruft, so wurde dieser lediglich erklärt, hatte aber keine praktische Bedeutung mehr. Am 16. November 2001 stimmte der Bundestag mit Ausnahme der PDS-Fraktion dem Einsatz deutscher bewaffneter Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf die Terroranschläge in den USA in fälschlicher Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta und Artikel 4 des NATO-Vertrages zu. Dieser Einsatz beinhaltet die Entsendung von Truppen und Schiffen an das Horn von Afrika, sowie den geheim gehaltenen Einsatz von ca. 100 Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK).

Kommando Spezialkräfte (KSK)
Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr verwendete den Begriff „Kommando Spezialkiller“ (Freitag 29. 22.07.2005) für das Kommando Spezialkräfte (KSK), mit



Standort im schwäbischen Calw. Weder dessen genauer Auftrag beim laufenden Einsatz in Afghanistan ist bekannt, noch der genaue Umfang, das exakte Einsatzgebiet oder die Zahl der gefallenen Soldaten. Und die gibt es laut dem Online-Magazin german-foreign-policy.com unter Berufung auf Geheimdienstkreise bereits.

Gegenüber dem Stern (7.7.2005) berichteten die in Afghanistan stationierten KSK-Soldaten, dass der Einsatz in Afghanistan „aufs Ausschalten von Hochwertzielen im Drogengeschäft hinaus läuft.“ Also gezielte Tötungen von vermutlichen Drogenhändlern: „Wir sollen die Drahtzieher ausschalten, eliminieren.“ Seit Mai 2005 ist bekannt, daß KSK-Kommandos bei ihrem Einsatz im Südosten Afghanistans in begrenztem Umfang über direkte Kampfhandlungen („direct action“) selbst entscheiden können.

Trainiert wurde der Einsatz im KSK-Ausbildungslager in Calw. Zur Ausrichtung der trainierten „direct action“ urteilte einer der KSK-Soldaten gegenüber dem Stern: „und zwar die dreckigen Varianten: Mehrere Trupps landen verdeckt, über-

fallen mit großer Feuerkraft den Feind – kurz gucken, eliminieren.“ Bundeswehrsoldaten üben Attentate, neudeutsch „Assassinationen“ – und führen diese wahrscheinlich auch durch.

Das Töten auf puren Verdacht, in der Regel wohl auf Denunziation und Gerüchte hin, widerspricht nicht nur dem Grundgesetz, sondern auch internationalem Recht. Die Genfer Konvention (Artikel 3) regelt klar: „Personen, die nicht direkt an den Feindseligkeiten teilnehmen, ... sollen unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt werden [...] Zu diesem Zwecke sind und bleiben in Bezug auf die oben erwähnten Personen jederzeit und jedenorts verboten: a.) Angriffe auf Leib und Leben, namentlich Mord jeglicher Art [...] d.) Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordnungsmäßig bestellten Gerichtes, das die von den zivilisierten Völkern als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet.“

Dieser Schutz vor willkürlichen Hinrichtungen gilt übrigens völlig unabhängig davon, ob es sich um mutmaßliche

Drogenkriminelle oder um mutmaßliche Terroristen handelt. Da allerdings der Kampf gegen Drogenkriminalität nicht vom Mandat des Bundestags gedeckt ist, scheint sich die Praxis einzuspielen, Drogenhandel mit Terrorismus gleichzusetzen.

Der Bundestagsbeschluss vom 17.11.2001 begrenzt aber die Aufgabe auf Terrorbekämpfung: „Ziel ist es, Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zunehmen und vor Gericht zu stellen“. Wie überall, wo der „Anti-Terror-Krieg“ mit dem „Anti-Drogen-Krieg“ zusammenfällt, wird es nachträglich immer so dargestellt werden können, dass erschossene Drogendealer hinterher auch immer Terroristen waren.

Die bedeutenden Weichenstellungen in der rot-grünen Außen- und Verteidigungspolitik hat kaum einer besser umschrieben, als Kanzler Schröder mit den Worten von der „Enttabuisierung des Militärischen“.

Rot-grüne Kriegsunterstützung nun höchstrichterlich bestätigt Bundesverwaltungsgericht: Deutschland nahm rechtswidrig am Irak-Krieg teil

Wie das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in seiner kürzlich veröffentlichten Urteilsbegründung zum Freispruch eines wegen Gehorsamsverweigerung angeklagten Soldaten erklärt, verletzt die Bundesrepublik Deutschland mit Unterstützung der US-geführten alliierten Streitkräfte im Krieg gegen den Irak seine völkerrechtlichen Verpflichtungen. Laut Urteilsbegründung sehen „weder der NATO-Vertrag, das NATO-Truppenstatut [und] das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (...) eine Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland vor, entgegen der UN-Charta und dem geltenden Völkerrecht völkerrechtswidrige Handlungen von NATO-Partnern zu unterstützen.“ Mit der aktuellen Urteilsbegründung wird meine jahrelang vorgetragene prinzipielle Ablehnung des Krieges gegen den Irak und der deutschen Unterstützung bestätigt: Trotz des vordergründigen Ausscherens Deutschlands aus der Koalition der Willigen, bestand ich immer darauf, dass sehr wohl eine aktive bundesdeutsche Beteiligung an diesem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak stattfindet. Das dies nun drei Jahre später ausgerechnet höchstrichterlich

bestätigt wird, ist letztlich nur logisch. Das BVerwG gibt nun in seiner Begründung die gleichen Punkte deutscher Kriegsunterstützung zu bedenken, die auch damals in der Analyse der Informationsstelle Militarisierung (IMI) genannt wurden: Die Erfüllung der an die USA und Großbritannien gemachten Zusagen, „für den Luftraum über dem deutschen Hoheitsgebiet ‚Überflugrechte‘ zu gewähren, ihre in Deutschland gelegenen ‚Einrichtungen‘ zu nutzen und für den ‚Schutz dieser Einrichtungen‘ in einem näher festgelegten Umfang zu sorgen; außerdem hat sie dem Einsatz deutscher Soldaten in AWACS-Flugzeugen zur ‚Überwachung des türkischen Luftraums‘ zugestimmt. Die IMI Analyse 2002/051 mit dem Titel: „Wir glauben Euch noch nicht“ <http://www.imi-online.de/2002.php?id=159>wandte sich genau gegen jene strittigen Aspekte deutscher Kriegsunterstützung: „Keine finanzielle Unterstützung, Keine Zurverfügungstellen von Bundeswehr-Truppen für den geplanten Krieg, Keine Truppenunterstützung, Keine Zurverfügungstellung der militärischen Infrastruktur in Deutschland (das schließt nicht nur die deutschen sondern auch die us-ame-

rikanischen Basen wie Spangdahlem, Ramstein, Frankfurt Airport u.a. mit ein) und Veto innerhalb der NATO gegen die Unterstützung eines Irakkrieges.“ Nun wurde also gerichtlich bestätigt, dass diese Handlungen gesetzwidrig waren, wie ein Kommentar des Spiegel zum Urteil feststellt: „Das Bundesverwaltungsgericht hat gravierende völkerrechtliche Bedenken gegen die Nutzung Deutschlands als Transport-Drehscheibe für die Koalitions-Truppen im Irak. Die Bundesregierung habe sich nicht neutral verhalten.“ Ab 24. Januar 2003 hatte die rot-grüne Bundesregierung auf Bitten der USA bis zu 4.200 Bundeswehrangehörige allein zur Bewachung der US-Basen abgestellt. Bis Dezember 2005 soll dieser Einsatz noch andauern. Zur Zeit sind noch rund 500 deutsche Soldaten im Einsatz. Nun ist es also auch einmal gerichtlich bestätigt worden, dass es hierbei einzig und allein um eine freiwillige und dazu grundgesetzwidrigen Unterstützung und Entlastung für den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak ging.
Tobias Pffüger

60 Jahre auf dem „Deutschen Weg“

2005 feiert die Bundeswehr mit Pomp und Zapfenstreich ihr 50jähriges Bestehen

von Arno Neuber

Als offizielles Gründungsdatum galt bislang der 12. November 1955, als an Scharnhorsts Geburtstag die ersten 101 Freiwilligen einrückten. Neuerdings wird der 6. Juni 1955 als Gründungstag genannt - der Tag an dem das „Amt Blank“ in „Bundesministerium für Verteidigung“ umbenannt und Theodor Blank als erster Verteidigungsminister vereidigt wurde.

Tatsächlich bildet das Jahr 1955 nur den Abschluss einer Etappe der Remilitarisierung Westdeutschlands, die unmittelbar nach der totalen Niederlage der Wehrmacht und des Nazi-Faschismus begann. „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen“, hatte Franz Josef Strauß nach 1945 getötet. Und der SPD-Politiker Carlo Schmid erklärte 1946: „Wir wollen unsere Söhne niemals mehr in die Kasernen schicken, und wenn noch einmal irgendwo der Wahnsinn des Krieges ausbrechen sollte, dann wollen wir eher untergehen und dabei das Bewußtsein haben, daß nicht wir Verbrechen begangen und gefördert haben. In einem wollen wir kategorisch sein: Wir wollen in Deutschland keinen Krieg mehr führen, und wir wollen darum auch keine Vorbereitungen treffen, die das Kriegführen ermöglichen können, weder im politischen noch im wirtschaftlichen Sinne.“¹ Auch Konrad Adenauer gab sich pazifistisch: „Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird (...) Ja, ich will noch weitergehen, ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden.“²

Diese Äußerungen führender Politiker der westlichen Besatzungszonen standen in Einklang mit der Stimmung und Überzeugung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung, aber sie verdeckten nur, was hinter den Kulissen längst beschlossene Sache war: Alle Möglichkeiten zu nutzen, um Deutschland erneut aufzurüsten und - wie es damals noch entwaffnend offen hieß - so schnell wie möglich eine

neue deutsche Wehrmacht aufzubauen. Dabei spielten drei Interessenstränge zusammen. Zum Einen das Interesse der politischen Kreise um Konrad Adenauer an einer starken Armee, möglichst mit Atomwaffen, auf die sie ihre Politik stützen und die Wiedereinverleibung der „Sowjetzone“ erreichen konnten. Zweitens das Interesse der alten Wehrmachtsführung an ihrer Rehabilitierung und der Wiederbelebung der militaristischen deutschen Traditionen. Zum Dritten - und ohne das ging es nicht - das Interesse des US-Imperialismus an deutschen Hilfskräften im Kampf gegen die Sowjetunion und die Zurückdrängung des Sozialismus.

Tatsächlich bildet das Jahr 1955 nur den Abschluss einer Etappe der Remilitarisierung Westdeutschlands, die unmittelbar nach der totalen Niederlage der Wehrmacht und des Nazi-Faschismus begann.

Sowohl die Adenauer-Regierung als auch die US-Führung waren auf die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges aus. Adenauers erstes außenpolitisches Ziel war die Wiedereinverleibung der „Sowjetzone“ und die US-Politik betrieb unter den Schlagworten „containment“ und „roll back“ den globalen Kampf gegen den Sozialismus. Konrad Adenauer schürte zwar gerne die Angst vor der Gefahr aus dem Osten und beschwor die „Verteidigung des Abendlandes“ gegen den „Bolschewismus“ („Asien steht an der Elbe“)³, die Notwendigkeit einer starken Armee des kapitalistischen Teils Deutschlands ergab sich für ihn aber aus klassisch machtpolitischen Antrieben. In seiner Sicht bestimmte die Stärke des Militärapparates entscheidend mit über den Rang eines Landes im internationalen Machtssystem. Eine Sicht, die sich bis zu Peter Strucks Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 2003

nicht geändert hat.

US-Imperialismus braucht deutsche Hilfstruppen

Schon vor der Kapitulation der Wehrmacht, am 15. April 1945 fand im US-Außenministerium eine Besprechung unter Teilnahme des späteren Außenministers Dulles statt. Dort wurde beschlossen, „Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem ‚Bollwerk‘ gegen Rußland gemacht werden.“⁴

Für den stellvertretenden Außenminister der USA, Grews, war bereits im Mai 1945 völlig klar: „Der kommende Krieg mit Rußland liegt auf der Hand.“ Zwar unterzeichneten auch die USA die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 17.07. bis 2.08.1945, in denen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die vollständige Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands festschrieben, aber bereits ein Jahr später ließ sich Außenminister J. F. Dulles in der New York Herald Tribune (8.8.46) mit der Äußerung zitieren, Deutschland sei „neben der Atombombe die größte politische Macht“, die man gegen die Sowjetunion in Stellung bringen könne.

Um diese „Geheimwaffe“ scharf zu machen, stellte der US-Generalstab mehr als 200 Spitzenmilitärs der Nazi-Wehrmacht von Strafverfolgungen frei. Im Gegenzug mussten diese „Experten“ ihre mörderischen Erfahrungen mit den Ostfeldzügen der deutschen Wehrmacht zu Papier bringen und den US-Militärs zur Verfügung. Diese so genannte „Historische Division“ wurde in Allenstein, Königstein, Oberursel, Kronberg und bei München stationiert.

Hitlers Spionageneral Reinhard Gehlen wird in US-Dienste übernommen und liefert die „Bedrohungsanalysen“, die der US-Führung die Begründungen für ihren aggressiven antisowjetischen Kurs liefern. Im Report des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom 30.03.48 hieß es: „Die Niederlage der Kräfte des von den Sowjets angeführten Weltkommunismus ist für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von vitaler Bedeutung. Dieses Ziel kann durch eine defensive Politik nicht erreicht werden. Die Vereinigten Staaten sollten daher die Führung bei der Organisation einer weltweiten Gegenoffensive übernehmen, die darauf abzielt, unsere und der nicht-sowjetischen Welt antikommunistischen Kräfte zu mobilisieren und zu stärken, und die Stärke der kommunistischen Kräfte in der sowjetischen Welt zu unterminieren.“⁵

Wehrmachtsgenerale planen die Revanche

Auf der Seite deutscher Militärs begannen die Planungen für die Wiederbelebung des Militarismus und eine militärische Revanche gegen die Sowjetunion unmittelbar nach der totalen Niederlage im Mai 1945. Getreu dem Motto, das General von Stülpnagel seinem Tagebuch schon 1943 anvertraut hatte: „Keine Niederlage ist endgültig. Niederlagen sind nur Lektionen, um bei der Vorbereitung für den nächsten und größeren Angriff zu lernen.“⁶

Ehemalige Wehrmachtsgenerale erarbeiten Pläne und Denkschriften für eine Remilitarisierung Deutschlands, bauten Netzwerke „alter Kameraden“ auf und suchten und fanden den Kontakt zu den westlichen Besatzungsmächten und zu Adenauer. Johann Adolf Graf Kielmannsegg übergab den Briten schon 1945 eine Studie zur Fortführung des Krieges gegen die Sowjetunion. Gerhard Graf von Schwerin gehörte ebenso zu Adenauers Beratern wie Reinhard Gehlen. Im November 1945 erhielt Adenauer die erste Denkschrift aus der Feder des Generals Speidel. Es ist bezeichnend, dass die offizielle Chronologie zur Geschichte der Bundeswehr aus dem Verteidigungsministerium mit dem 4. April 1949, der Unterzeichnung des NATO-Vertrages, beginnt.⁷ Die Jahre zuvor sind und bleiben weiße Flecken im offiziellen Geschichtsbild der Bundeswehr. „Die ersten Überlegungen und Schritte zur Vorbereitung einer ‚Wiederbewaffnung‘ erfolgten bereits 1950/51, zu einem Zeitpunkt, als ein derartiges Unterfangen nach Besatzungsstatut noch mit der Todesstrafe bedroht war“, schreibt der Chefredakteur der Zeitschrift „Strategie und Technik“ (2/2005), die in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und dem Struck-Ministerium herausgegeben wird. Und wieder fehlen die entscheidenden Jahre. Spätestens seit 1947 tagten die Zirkel aus Nazi-Generälen und westdeutschen Politikern, um die Wiederbewaffnung vorzubereiten. „Unter wohlwollender Duldung der amerikanischen und britischen militärischen Geheimdienste wurden die Treffen sogar institutionalisiert, so dass beim Zusammentreten des Parlamentarischen Rats 1948 Politiker aller Couleure involviert waren, unter ihnen Theodor Heuss, Carlo Schmid, Hans Ehard, Gebhard Müller oder Eberhard Wildermuth - und natürlich Konrad Adenauer.“⁸

Im Dezember 1948 beauftragte Adenauer den Wehrmachtsgeneral Hans Speidel, eine geheime Studie über einen deutschen

Beitrag zu einer europäischen Armee zu verfassen. Im November 1949 erhielt der Kanzler den sogenannten Manteuffel-Plan, in dem der General der Wehrmacht die Aufstellung einer 600.000 Mann starken Stoßarmee für den Kampf gegen die Sowjetunion vorschlug. Als im April 1949 die NATO als antisozialistisches Paktsystem unter US-Führung gegründet wurde, war eine (west)deutsche Armee noch nicht dabei - die Spaltung ist noch nicht formell vollzogen, das Grundgesetz wird erst am 23.05.49 verkündet - aber schon im November des gleichen Jahres wurde im US-Repräsentantenhaus offen über die Stärke eine künftigen westdeutschen Armee debattiert und am 16.11.49 berichtet der Bonner Korrespondent der New York Times: „Stabsoffiziere einiger westeuropäischer Armeen (haben) jüngst die Bedeutung diskutiert, die die Aufstellung von auch nur fünf deutschen Divisionen für die Verteidigung Westeuropas gegen einen möglichen Angriff von Osten her haben könnte.“⁹

Lieber das halbe Deutschland ganz

Als der sozialdemokratische „Verteidigungs“minister Peter Struck im Dezember 2002 den Umbau der Bundeswehr zu einer global operierenden Interventionsarmee in der Formel zusammenfasste, Deutschland werde künftig auch am Hindukusch verteidigt, da erläuterte er diesen Kurs, der in augenscheinlichem Widerspruch zum Grundgesetz steht, dahingehend, heute sei unter Verteidigung etwas anderes zu verstehen als zu der Zeit, da das Grundgesetz formuliert wurde. Abgesehen von der Tatsache, dass im Grundgesetz von 1949 kein einziges Wort von der Aufstellung deutscher Streitkräfte stand - um Verteidigung ging es damals so wenig wie heute. Zwar hat Adenauer maßlos die Propagandaformel von der Bedrohung aus dem Osten strapaziert und damit nahtlos an die Goebbels-Propaganda angeknüpft, die Gründung der Bundeswehr aber folgte einer anderen Logik. Ein vereinigtes Deutschland wäre unter Berücksichtigung der internationalen Kräfteverhältnisse ein nicht-paktgebundenes, neutra-

les Deutschland gewesen. Adenauer und die Kreise des Monopolkapitals, die er vertrat, wollten aber „lieber halb Deutschland ganz“ und betrieben daher die Spaltung. In seinen Erinnerungen hat er die Rangfolge eindeutig festgehalten: „Drei Faktoren waren es, die meine Haltung in der Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands beeinflussten: 1. die Erlangung der Souveränität als Folge der Wiederaufrüstung, 2. Sicherheit gegenüber der Aufrüstung der Sowjetzone durch Sowjetrußland, 3. die Herbeiführung einer europäischen Föderation.“¹⁰ Die US-Führung hatte es eilig mit der Aufstellung einer deutschen Hilfstruppe und Adenauer beabsichtigte die Gunst der Stunde zu nutzen. Rudolf Augstein hat das vor über vierzig Jahren so auf den Punkt gebracht: „Die neue Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen - mag diese Ratio den Paten im In- und Ausland auch nicht voll bewußt gewesen sein.“¹¹

Im ersten internationalen Abkommen der Bundesrepublik Deutschland, am 22.11.49 auf dem Petersberg von Adenauer unterzeichnet, erklärte die Bundesregierung noch „ihre feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur



Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendetwelcher Streitkräfte zu verhindern.“¹²

Gleichzeitig schlug Adenauer in einem Interview mit der US-Zeitung „The Cleveland Plain Dealer“ (3.12.49), das mit der US-Regierung abgestimmt war, „die Schaffung einer europäischen Armee, der auch deutsche Soldaten angehören sollten“, vor.

Jeder Schweinehund wird gebraucht¹³

Adenauers Vorstellungen von der „soldatisch tapferen“ und „sauberen“ Wehrmacht machten eine besondere Sorgfalt bei der Auswahl des Spitzenpersonals einer neuen deutschen Armee überflüssig. Ohnehin gab es keine „unbelasteten“ Generale. Außerdem waren ja gerade die Erfahrungen derjenigen gefragt, die den verbrecherischen Krieg gegen die Sowjetunion geplant und kommandiert hatten. Zu Beginn des Jahres 1950 setzte der Kanzler den Panzergeneral Gerhard Graf Schwerin als „militärischen Berater in Sicherheitsfragen“ ein. Dessen Familie war in die Verschwörung des 20. Juli 1944 verwickelt, er galt daher als gefeit gegen den Vorwurf, ein Nazi gewesen zu sein. Hinter den Kulissen hielt sich Adenauer einen informellen Beraterstab von Wehrmachtsgenerälen zu denen Heusinger, Speidel und von Manteuffel ebenso gehörten wie Gehlen, Manstein, Friedrich Ruge, Hermann Fortsch und viele andere. Nach wenigen Monaten wurde das Büro Schwerin in „Zentrale für Heimatdienst“ umbenannt. Am 10. August 1950 legten die Generale Fortsch, Heusinger und Speidel mit Genehmigung der westlichen Besat-

zungsmächte ein Konzept für den „Wiederaufbau einer deutschen Wehrmacht“ vor, die als „Kontingent im europäisch-atlantischen Verteidigungsrahmen“ geplant war. Am 17. August 1950 stimmte Adenauer gegenüber den Hohen Kommissaren der westlichen Besatzungsmächte dem Plan für eine Europa-Armee unter deutscher Beteiligung zu. Anfang Oktober 1950 traf sich die alte Garde der Wehrmachtsführung im Eifel-Kloster Himmerod. Die Bundeswehrzeitschrift „Information für die Truppe“, die sich im Untertitel „Zeitschrift für Innere Führung“ nennt, will in ihrer Ausgabe vom Oktober 2000 den Lesern glauben machen, zu dem streng geheimen Treffen habe Adenauer „politisch unbelastete Generalstabsoffiziere und Generale/Admirale aller drei Wehrmachtsteile“ eingeladen. Generalleutnant Adolf Heusinger leitete in Himmerod den „militärpolitischen Ausschuss“. Im Generalstab des Heeres der Wehrmacht war er an der Ausarbeitung der Aggressionspläne gegen die Tschechoslowakei, Polen, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien und andere Länder aktiv beteiligt. Als Chef der Operationsabteilung des Heeres leitete er auch Terrormaßnahmen gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete im Rahmen der sogenannten „Bandenbekämpfung“ und bei „Vergeltungsaktionen“ gegen Partisanen. Speidel war Leiter der Spionageabteilung „Fremde Heere West“ der Wehrmacht, war unmittelbar am Überfall auf Frankreich beteiligt und als Chef des Generalstabes beim Militärbefehlshaber in Paris und später in Frankreich direkt verant-

wortlich für grausame Terrormaßnahmen gegen die französische Zivilbevölkerung und die Deportation französischer Juden. Von Kielmannsegg nahm als Generalstabsoffizier am Überfall auf Polen, auf Frankreich und die Sowjetunion teil. Seine schriftlichen Machwerke starren vor Rassenwahn und Herrenmenschenideologie. Das Ergebnis war entsprechend. Graf von Baudissin berichtet: „In Himmerod bestanden eigentlich kaum Zweifel, dass wir so weiter strategisch und operativ und damit eigentlich auch in der Struktur und Bewaffnung der zukünftigen Streitkräfte auf dem alten Pfad weitergehen sollten.“ Die Vorgabe lautete: „Krieg führen à la sowjetische Steppe.“ Die Denkschrift forderte die „Verteidigung“ von „vornher ein offensiv“ anzulegen und propagierte Interventionseinsätze im Hinterland des Gegners mit Atombomben.¹⁴

Als Preis für ihre Dienste forderte die alte Wehrmachtseelite in Himmerod eine „Ehrenerklärung für den deutschen Soldaten von Seiten der Bundesregierung und der Volksvertretung“ sowie die „Freilassung der als ‚Kriegsverbrecher‘ verurteilten Deutschen“ und die „Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland.“¹⁵

Und der Preis wurde gezahlt. 1951 gab Eisenhower als Oberbefehlshaber der NATO eine Ehrenerklärung für die Wehrmachtssoldaten ab und am 3.12.1953 hielt Adenauer im Bundestag eine Rede, in der es hieß: „Ich möchte heute (...) im Namen der Regierung erklären, dass wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Wir sind überzeugt, dass der gute Ruf und die Leistung des deutschen Soldaten, trotz aller Schmähungen während der vergangenen Jahre, in unserem Volk noch lebendig sind und auch bleiben werden. Es muss unsere Aufgabe sein - und ich bin sicher, wir werden sie lösen - die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen.“ Die besondere Rechtslastigkeit in Teilen der Bundeswehrführung geht auf den Ursprung der Truppe zurück. Die „Traditionalisten“ verstanden es, ihre Machtpositionen auch gegen zaghafte Reformversuche über die Jahrzehnte zu verteidigen. Die zahllosen Skandale, die die Öffentlichkeit immer wieder beunruhigten, sind daher nichts anderes als die



Spitze eines reaktionären militaristischen Eisberges.

Strucks „Armee im Einsatz“

„Die Bundeswehr tritt 2004 endgültig aus dem Schatten von Stalingrad und des Kalten Krieges, der lange über ihr lag“, schreibt Christian Millotat in seinem „Plädoyer für die neue Bundeswehr“ in der Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ (4/2004). „Der durch den Schatten von Stalingrad entstandene Selbstinterpretations- und Bezugsrahmen bewirkte auch, dass manche Politiker und Meinungsträger einer Ausbildung der Soldaten zu einer möglichst hohen Gefechtstüchtigkeit nicht die erste Priorität einräumen wollten.“ Für ihn ist die Bundeswehr-Parole aus der Zeit vor 1990 „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ schlicht „töricht und diskriminierend“. Er will Schluss machen mit einer Armee, in deren Offizierskorps „Weinerlichkeit verbreitet“ sei. Millotat trat schon zu Zeiten von Kohls „geistig-moralischer“ konservativer Wende mit der Verherrlichung des „Kämpfers“ und der Propagierung einer militärischen „asketischen Elite“ hervor. Mit Strucks „Armee im Einsatz“ sieht er die Bundeswehr nun auf dem richtigen, dem rechten Weg. Mit dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee tritt der „Kämpferkult“ und mit ihm die reaktionärsten militaristischen Positionen einer traditionalistischen Gruppe in der Führung der Bundeswehr wieder offen hervor. Heeresinspekteur Gerd Gudera, den Struck dafür lobte, dass die Bundeswehr in Afghanistan so erfolgreich sei, nutzte seine Verabschiedung in den Ruhestand zu einem „politischen Paukenschlag“ („Die Welt“, 5.3.04), in dem er erklärte, „nirgendwo außerhalb Deutschlands werden Soldaten in ähnlicher Art und Weise verunglimpft und in ihrer Ehre beschnitten“. Sein Nachfolger, Hans-Otto Budde, war Kommandeur der Deutsch-Französischen Brigade, der Kerntuppe der EU-Interventionsarmee und der Division Spezielle Operationen der Bundeswehr. Laut Budde braucht die Bundeswehr wieder den „archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann“ („Welt am Sonntag“, 29.02.04). Wie stark die Positionen der „Traditionisten“ in der Bundeswehr nach wie vor sind, bzw. wie schizophren die offizielle Haltung zur Wehrmacht auch im Jubiläum 2005 noch ist, zeigt ein Artikel im Bundeswehrmagazin „Y“ vom März 2005, der den Lesern politische Orientierung zur Bundeswehrgeschichte geben soll.

„Konnten aber Wehrmachtssoldaten

Streitkräften in der Demokratie auf den Weg helfen, ohne auf das bisherige soldatische Fundament aufzubauen“, fragt der Autor eines orientierenden Artikels zur Bundeswehrgeschichte im Bundeswehrmagazin „Y“ vom März 2005. „Das erwartet gewiss niemand ernsthaft.“ Für ihn reduziert sich das Problem auf „Wehrmachtsveteranen“, die „emotional nachvollziehbar“, sich den Wunsch nach einer „soldatischen Heimat“ bewahrt haben. „Dann mag es noch einige junge Soldatinnen und Soldaten geben, die in der Wehrmacht nach Vorbildern für ihre eigene Bewährung im Einsatz suchen, ohne sich einer etwaigen Tradition bewusst zu sein.“ Und vor allem: „Eine dritte Gruppe findet sich in Teilen der Medien. Vor dem Hintergrund veralteter Bilder konstruieren sie Kontinuitäten, die aber letztlich nur als Hebel gegen die Bundeswehr dienen sollen. Es waren aber keine vergreisten Veteranen und keine orientierungslosen Wehrpflichtigen, sondern das Heeresamt der Bundeswehr, das 1997 eine Publikation förderte, in der „Geist und Haltung“ der SS-Leibstandarte Adolf Hitler gelobt und ihr Kommandeur als „vorbildlicher Offizier“ gefeiert wurde. Und es war die Leitung der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, die im Januar 1995 den wegen Tötung von Ausländern vorbestraften Naziterroristen Manfred Roeder einlädt und zum Thema „Die Übersiedlung der Rußland-Deutschen in den Raum Königsberg“ referieren lässt. Und es war der Chef des Kommandos Spezialkräfte, der Elitetruppe von Strucks Einsatzarmee, General Reinhard Günzel, der Ende 2003 aus seinen antisemitischen Ressentiments kein Hehl machte und seinen Posten räumen musste. Die Bundeswehr, so erklärt der Autor des „Y“-Artikels zur Tradition der Bundeswehr, hat heute ein ganz anderes Verständnis von der Wehrmacht als 1955. Die Bundeswehr, so erfahren wir, steht nicht in der Tradition der Wehrmacht. Aber der Autor ist ganz besoffen von der Wehrmacht. Für ihn bleibt es „faszinierend, mit welch geringen Kräften, unzulänglichen Mitteln und persönlicher Tapferkeit die Wehrmachtssoldaten einem vielfach überlegenen Gegner so lange standhielten.“

„Die Bundeswehr entstand 1955 als eine neue Armee, für die die Wehrmacht nicht traditionsstiftend sein sollte und auch nicht war. Zu konstatieren, die Bundeswehr des Jahres 2005 sei eine völlig andere Streitmacht als die Wehrmacht, heißt jedoch nicht, den Stab über alles zu bre-

chen, was mit der Wehrmacht zu tun hat.“ „Jenseits einer Schuld- und Traditionsdebatte“ muss „die Frage nach der militärischen Leistungsfähigkeit erlaubt sein.“ Die Wehrmacht verkörpert „besser als jede moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin.“ „Auch taktisch und operativ setzte die Wehrmacht zu ihrer Zeit höchste Maßstäbe.“ Das ist die Einstimmung der Truppe auf 50 Jahre Bundeswehr unter dem Motto „Entschieden für Frieden“.

Der „Deutsche Weg“

Schröders „Deutscher Weg“, zu dem eine Bundeswehr gehört, die zu militärischen Interventionen rund um den Globus befähigt wird, setzt auf die Militarisierung der Europäischen Union und den kalkulierten Konflikt mit den USA. Das führt zu Berührungspunkten mit Kräften, die „sozialdemokratischer Umtriebe“ nicht verdächtig sind. Im November 2004 gab Egon Bahr dem rechten intellektuellen-Blatt „Junge Freiheit“ ein Interview unter dem Titel „Wir müssen lernen, wieder eine normale Nation zu sein“. „Wenn wir nur eine Wirtschaftsgemeinschaft bleiben“, so Bahr mit Blick auf die EU, „werden wir politisch immer durch die USA manipulierbar sein. Wenn wir bei dem beschlossenen Ziel einer politisch selbstbestimmten Gemeinschaft bleiben, muss Europa Streitkräfte aufstellen, die auch selbstbestimmt eingesetzt werden können.“

Deutsche Interessen werden - mal im europäischen, mal im nationalen Gewand - immer offener formuliert. Die führende Strategie-Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ spricht sich in ihrer Ausgabe vom Oktober 2004 dafür aus, dass im angekündigten Bundeswehr-Weißbuch bei der Formulierung deutscher Interessen „Tabus fallen“. Es sei klar, „dass Deutschland seine Interessen nicht alleine durchsetzen kann. Daraus zu folgern, dass deutsche Interessen immer europäische Interessen sind, ist aber falsch.“ Deutsche Interessen seien - „und zwar an prominenter Stelle - Wirtschaftsinteressen (...) So ist es deutsches Interesse, den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. Es liegt im deutschen Interesse, dafür zu sorgen, dass diese Rohstoffe in unser Land kommen.“

Für Adenauer war die Einordnung der Bundeswehr in ein Paktsystem unter US-Dominanz bei den gegebenen Kräfteverhältnissen nach dem Zweiten Weltkrieg unumgänglich. Dabei verlor er eigene Ziele des deutschen Imperialismus nie aus dem Auge. Franz-Josef Strauß setzte auf ein unabhängiges Europa, das in

„Arbeitsteilung“ mit den USA operiert, „die volle Beteiligung am amerikanischen know how“ erhält und „zum anderen Pfeiler der NATO“ wird, die „reformiert und reorganisiert werden muss“.¹⁶ Für ihn stand schon die Frage, ob Europa „sich in der modernen Welt von morgen als eine Größe sui generis überhaupt noch behaupten kann oder ob es sozusagen ein ‚Satellit‘ der Vereinigten Staaten wird (...) Will man - was zweifellos nötig ist - eine Strategie der ‚Kriegskunst im Frieden‘ entwickeln, so kann man das nur, wenn man genügend Macht hat. Wo sie dem einzelnen Staat fehlt, muss er sie im Verein mit anderen zu erlangen trachten, mit Ländern, deren strategische Interessen mit den seinen weitgehend solidarisch sind. Daraus schon ergibt sich die Forderung nach einer politischen Vereinigung Europas, da man von Amerika nur bedingt erwarten darf, dass es seine Konzeption völlig an den europäischen Bedürfnissen ausrichtet, die mit den amerikanischen nur zum Teil identisch sein können.“¹⁷

In den von Volker Rühle am 26.11.1992 erlassenen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ wurde unter der Überschrift „Deutsche Wertvorstellungen und Interessen“ formuliert: „Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken. Die nationale Interessenlage ist daher auch Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates. Sie ist Maßstab für die Beurteilung der Risiken und der Hand-

lungserfordernisse zur Wahrnehmung der Chancen künftiger Entwicklungen.“

Im Juni 2003 forderte Außenminister Fischer die NATO „neu zu erfinden“ und verlangte von den USA endlich „die Bildung einer europäischen Gruppe“ in der NATO zuzulassen. Auf dieser Linie liegt Schröders Abgesang auf die NATO, die er von seinem „Verteidigungs“minister auf dem Münchner Kriegstreiber Gipfel im Februar 2005 verlesen ließ.

Wohin führt dieser „Deutsche Weg“?

Offenbar zu einem entsprechenden Konzept „zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, in dem Einsätze der Bundeswehr „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch“ einzugrenzen sind, wie es in Strucks Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt. Folgerichtig hat er am 25. Januar 2005 den Erlass seines Amtsvorgängers Helmut Schmidt aus dem Jahr 1970 (Blankeneser Erlass) aufgehoben und die Machtstellung des Generalinspektors als ranghöchstem Soldaten der Bundeswehr und der Inspektore der Teilstreitkräfte demonstrativ gestärkt.

Anmerkungen

¹ Zitiert nach Matthias Münch: Bundeswehr - Gefahr für die Demokratie? Köln, 1983.

² Rheinische Post vom 30.12.46, hier zitiert nach: Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Hamburg, 1973. Am 24.06.51 klang es bei Adenauer schon ganz anders: „Wer die

Neutralität und Demilitarisierung in Deutschland hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf allerersten Ranges oder ein Verräter“.

³ Detlef Bald: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München, 2005, S. 20.

⁴ Ulrich Albrecht: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Köln, 1980, S. 12.

⁵ Ebd.

⁶ Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Band 3. Berlin, 1962.

⁷ Auftrag: Frieden, CD-ROM vom Juli 2003.

⁸ Detlef Bald a.a.O.

⁹ Ulrich Albrecht a.a.O.

¹⁰ Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-53. Stuttgart, 1965.

¹¹ Rudolf Augstein: Waffen statt Politik, in: Bilanz der Bundesrepublik, Magnum-Sonderheft. Köln, 1961, hier zitiert nach: Ulrich Albrecht a.a.O.

¹² Detlef Bald a.a.O.

¹³ H. Resitzke, ehem. Leiter der Geheimoperationen der CIA: „Wir wussten was wir taten (...) Es war unbedingt notwendig, dass wir jeden Schweinehund verwendeten; Hauptsache er war Antikommunist.“ Zitiert in: Lorenz Knorr: Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Frankfurt a. M., 1998.

¹⁴ Detlef Bald a.a.O.

¹⁵ Ulrich Sander: Szenen einer Nähe. Bonn, 1998.

¹⁶ F.J. Strauß: Ein Programm für Europa. Stuttgart, 1968.

¹⁷ Ebd.

Gegen Afghanistan-Kriegseinsatz und EU-Unterstützung, Rückzug der Truppen

Noch-Militärminister Peter Struck spricht davon, dass eine Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr notwendig sei, weil damit britische, us-amerikanische und kanadische Truppen unterstützt werden könnten. Die räumliche Begrenzung des Einsatzes der Bundeswehr wird immer unklarer. Damit ist klar: Es geht um eine schier unbegrenzte Ausdehnung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan. Strucks Aussage „Wir führen keinen Kriegseinsatz, sondern eine Friedensmission durch“ ist in diesem Zusammenhang schlicht falsch. Selbstverständlich geht es um einen Kriegseinsatz bei dem die NATO-geführte ISAF-Mission eng mit dem us-geführten Militäreinsatz „Enduring Freedom“ verzahnt ist.

Die Bevölkerung in Afghanistan unterscheidet nicht zwischen diesen beiden

Einsätzen. Teil des Einsatzes „Enduring Freedom“ ist das Agieren des Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr. Ungeklärt ist weiterhin, ob das KSK Gefangene bei seiner „Terroristenjagd“ in Afghanistan gemacht hat und was mit diesen Gefangenen geschehen ist. Dass hier keine Aufklärung geleistet wird und ein geheimer Krieg am Hindukusch geführt wird, ist einfach ein Skandal. Deutsche Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt, nein im Gegenteil, Sicherheit wird gefährdet durch diesen Einsatz. Die Zeitung „Die Welt“, schreibt gar am 15.07.2005: „KSK-Mission erhöht Anschlags-Gefahr in Deutschland“.

Gravierend ist auch, dass es zu einer engen „zivilen“ Begleitung von militärischem Einsatz und Besatzung durch

die Europäische Union initiiert durch die EU-Kommission kommt. Die europäische Dimension des Kriegseinsatzes in Afghanistan beinhaltet EU-Ausbildungshilfe an Polizei und Armee in Afghanistan. Damit muss Schluss sein. Keinen Mann und keinen Euro mehr für den Kriegseinsatz und seine „zivile“ Begleitung in Afghanistan. Gemeinsam mit der Friedensbewegung muss die Forderung weiterhin sein: „Rückzug der Truppen aus Afghanistan!“ Die Abstimmung im deutschen Bundestag (535:14:4) spiegelt nicht die realen Positionen zum Afghanistan-Einsatz in der Bevölkerung wieder, der alte Bundestag ist überhaupt nicht legitimiert diesen Beschluss zu fassen.

Tobias Pflüger

letzten Ölräusch der Welt.

Man wünschte sich, dass es stimmte und Europa mit den wirtschaftlichen Projekten in Zentralasien auch die gesellschaftliche Entwicklung der Länder vorantreiben will, doch Zweifel drängen sich auf. Denn neben den umworbenen Branchen, wie der der Energie, in die investiert werden, sind große Teile der Volkswirtschaften noch immer marode, herrscht Korruption und Misswirtschaft, während die Bevölkerung verarmt. Verlässt man in Bischkek die großen Einkaufszentren, gibt es noch immer jene kleinen Basar-Händler, die von weniger als 28 Dollar im Monat¹² leben müssen. Während Europa in die profitablen Branchen investiert um seinen Einfluss zu erhöhen, spalten sich die Gesellschaften Zentralasiens in Gewinner und Verlierer der Marktwirtschaft. Einer demokratischen Entwicklung ist das nicht zuträglich.

Nachlässigkeiten bei den Regeln

In Europa gerät man vor Bemühungen um die Durchsetzung der Menschenrechte in der Region nicht gerade ins Schwitzen. Das deutsche Außenministerium berichtet von den guten wirtschaftlichen Beziehungen zu Turkmenistan, dessen wichtigster EU-Handelspartner die BRD ist.¹³ Es werden in diesem Zusammenhang keinerlei moralische Einschränkungen gegenüber einem Land unternommen, in dem sich der Regierungschef auf Lebenszeit hat wählen lassen und zu dem sich *amnesty international* regelmäßig äußert.¹⁴ Es gibt in Turkmenistan keine rechtsstaatliche Grundlage und Menschen werden willkürlich verhaftet, gefoltert und getötet. Anstatt seinen wirtschaftlichen Einfluss zu nutzen, um Druck auf das turkmenische Regime auszuüben, äußert sich Deutschland nur halbherzig kritisch und verdient Geld statt Respekt.

Auch der deutsche Militärstützpunkt im usbekischen Termez, als dessen Legitimation die sichere Versorgung der deutschen Truppen in Afghanistan gilt, wird aufrechterhalten. 300 deutsche Soldaten sind hier stationiert, die ihr ehemaliger Kommandeur Oberst Ochs als „prächtige Truppe“ bezeichnet.¹⁵ Vielleicht hat der usbekische Staatschef eine ähnliche Meinung, oder es muss einen anderen Grund dafür geben, warum die US-Truppen des Landes verwiesen wurden und die deutschen nicht. Womöglich weil die Amerikaner im Vergleich zu den Deutschen eher als eine vereinnahmende Macht gesehen wurden, die es loszuwerden galt. Vielleicht aber auch, weil die USA der Kritik am Verhalten der usbekischen Regierung

während der Aufstände Taten folgen ließ und Deutschland nicht.¹⁶

Der Heimvorteil

Bei den Bemühungen, den eigenen Einfluss in Zentralasien zu erweitern, hat das deutsche Außenministerium noch ein Ass im Ärmel. In fast allen Staaten der Region gibt es Enklaven von Menschen deutscher Herkunft, die zwar seit Generationen in Asien leben, die Deutsche Sprache und Kultur jedoch beibehalten haben. Die blankesten Schrankwände in Kirgisien wird man in der Enklave *Rot-front* finden. In Kasachstan, wo heute noch etwa 300.000¹⁷ Frauen und Männer deutscher Herkunft leben, kann die BRD als ein faktischer Schutzstaat für diese Minderheit auftreten und so Einfluss auf innenpolitische Entscheidungen nehmen. Seit Ende des Kalten Krieges kam es jedoch zu massiven Auswanderungen der Asien-Deutschen zurück nach Europa, denen Berlin nun durch großzügige finanzielle Unterstützung der Minderheiten entgegenwirkt.¹⁸ Das Resultat sind verhältnismäßig gut ausgebaute kulturelle Beziehungen zu Zentralasien, auch im Bildungsbereich, sodass Deutsch eine der wichtigsten Fremdsprachen in der Region ist. Jedoch hat die *Mittelmacht* Deutschland, wie in den meisten Bereichen, Probleme sich gegen die Projekte der Großen durchzusetzen. Während CDU und CSU sich im Jahre 2001 eine strategische Einflussnahme Deutschlands auf den Verlauf der Ölpipelines in Zentralasien wünschte¹⁹, verwies der Zentralasienspezialist der Bundesregierung Johannes Pflug in einer Bundestagsdebatte darauf, dass es sich dabei um „Wunschträume“ handelt und Deutschland sich realistisch betrachtet nur einen Zugang zu den Märkten der Region sichern und dort Öl kaufen könne. Interessant ist es aber, in welcher Rolle sich Deutschland im *Traum* sieht und in welcher Liga auch unsere Politiker gerne spielen würden, wenn sie die Macht dazu hätten. Joschka Fischer erklärte bei der gleichen Gelegenheit, dass Deutschland allein ohnehin kaum Möglichkeiten habe, im „Hinblick auf Frieden, Entwicklung und Menschenrechte“ etwas zu erreichen, sondern nur in Zusammenarbeit mit der EU und der OSZE etwas unternehmen könne.

Es ist fraglich, ob man mit diesen Mitspielern Regeln durchsetzen wird, die verhindern, dass Zentralasien lediglich die Rennstrecke für den Wettlauf der Großmächte bleibt, dessen Gewinner noch nicht fest steht, bei dem es aber bereits Verlierer gibt.

Anmerkungen

¹Vgl. International Helsinki Federation for Human Rights (2003) „Human Rights in the OSCE Region: Europe, Central Asia and North America, Report 2003“.

² Siehe Klevevan, Lutz (2003) „Oil wars: from Central Asia to Iraq“, in „Open Democracy“, online global magazine. Trotz dieser hohen Schätzungen sollte erwähnt werden, dass sich die bislang tatsächlich gefundenen Ölvorkommen geringer herausgestellt haben als erwartet.

³ Siehe Freitag-Wirminghaus, Rainer (2002) „Zentralasien und der Kaukasus nach dem 11. September: Geopolitische Interessen und der Kampf gegen den Terrorismus“, in Bundeszentrale für politische Bildung (2002) „Achse des Bösen?“.

⁴ Siehe „US Truppen sollen abziehen“, in „Spiegel online“, 30.7.2005.

⁵ Heyden, Ulrich (2005) „US soldaten sollen Usbekistan verlassen“, in „Deutsche Allgemeine Zeitung, die deutsch-russische Wochenzeitung in Zentralasien“.

⁶ RIAN Novosti, Meldung: „Experten: Stationierung des US-Militärs in Turkmenien - ein beunruhigendes Signal für Russland“, vom 6.9.2005.

⁷ Vgl. „Das neue *Große Spiel* um Zentralasien“, in „Suedasien Info“, unter www.suedasien.net/themen/interviews/rashid_zentralasien.htm, Stand 9.9.2005.

⁸ BMZ, „Deutschland unterstützt Kirgisien nach Präsidentschaftswahlen“, Pressemitteilung vom 31.8.2005.

⁹ Vgl. „Zentralasienkonzept der Bundesregierung“ (2002).

¹⁰ Siehe Auswärtiges Amt (2004) „Beziehungen zwischen Usbekistan und Deutschland“ unter www.auswaertiges-amt.de, Stand 9.9.2005.

¹¹ Siehe www.rwe-dea.com, Stand 9.9.2005.

¹² Vgl. Fischer Weltalmanach 2005.

¹³ Siehe Auswärtiges Amt (2004) „Beziehungen zwischen Turkmenistan und Deutschland“, unter www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=177, Stand 9.9.2005.

¹⁴ Amnesty international (2003) „Länderkurzinfo, Turkmenistan“, unter <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/windexde/LK2003002/>, Stand 9.9.2005.

¹⁵ Bundeswehr (2004), Meldung: „Kommandoübergabe im Einsatzgeschwader Termez“, vom 17.12.2004.

¹⁶ Vgl. „Spiegel online“ (2005), „Bundeswehr bleibt auch nach Abzug der USA“, vom 1.8.2005

¹⁷ www.wikipedia.org/wiki/Kasachstandeutsche, Stand 9.9.2005.

¹⁸ Vgl. Bundesministerium des Inneren (2005), Meldung: MdB Kemper: „Deutsche Minderheit in Kasachstan kann optimistisch in die Zukunft blicken!“, vom 14.6.2005.

¹⁹ Siehe „Bundestagsprotokoll der Debatte vom 22. Juni 2001 über Armenien, Aserbaidschan und Georgien“, unter: www.deutsch-armenische-gesellschaft.de/dag/rbkkdbtag.htm, Stand 9.9.2005.

Das neue Bild vom Krieg

Christoph Marischka

Wie der Krieg verloren ging...

Die deutsche und auch die internationale Politikwissenschaft hat traditionell einen staatszentrierten Ansatz. Aus der vorherrschenden Definition, dass Politik im Wesentlichen das sei, was von staatlichen Regierungen gemacht wird, folgt auch im Fachbereich der Internationalen Beziehungen (IB) die Dominanz der so genannten „Realistischen“ Denkschule. Als Akteure internationaler Politik anerkennt sie in ihrer Urform lediglich Staaten, zwischen denen entweder Frieden oder Krieg ist. Diese beiden sich gegenseitig ausschließenden Zustände erklären sich aus der Struktur des internationalen Systems, das durch die Abwesenheit eines Welt-Herrschers grundsätzlich durch Anarchie geprägt ist. Diese führt dazu, dass sich alle Staaten jederzeit bedroht sehen und versuchen, ihre Macht und Verteidigungskapazitäten zu vergrößern oder zumindest Machtgewinne der anderen Staaten zu verhindern, um ihre Sicherheit im Sinne territorialer Integrität zu gewährleisten. Kapitalinteressen oder ein eventueller Widerwillen der Bevölkerungen gegen kriegerische Auseinandersetzungen spielen aus dieser Perspektive keine Rolle. Die Welt besteht für die „Realisten“ aus Staatenkernen, die auf Veränderungen der globalen Machtverhältnisse unter den Staaten zweck-rational reagieren. Die Staaten sind die Monopolisten des Krieges.

Es liegt auf der Hand, dass diese Sichtweise seit dem Ende der Blockkonfrontation auf immer größere Probleme stieß. Nicht zuletzt ging der IB-Forschung auf Grund ihrer genau definierten, binären Unterscheidung in Krieg und Frieden ihr Gegenstand, namentlich der Krieg aus. Dieser wurde beispielsweise definiert durch mindestens 1000 getötete Soldaten im Jahr oder durch die Teilnahme mindestens zweier bewaffneter Streitkräfte mit zentraler Organisation, von denen mindestens eine einer völkerrechtlich anerkannten Regierung unterstehen muss. Solche Kriege finden immer noch, aber immer weniger statt. Dieser Befund ist nahezu

peinlich vor dem Hintergrund einer subjektiv ansteigenden und auch objektiv keinesfalls abnehmenden Zahl von Gewaltkonflikten und Symptomen wie zunehmenden Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen, Aufrüstung, dem Entstehen neuer Protektorate und allein in Afrika mehreren lang anhaltenden Konflikten, die je über eine Million Menschenleben gefordert haben.

... und wer ihn wieder fand

In diesem Kontext schlug die Theorie der „Neuen Kriege“ ein wie eine Bombe. Vor allem Mary Kaldor und Herfried Münkler gelang es mit „Neue und alte Kriege“ (2000) bzw. „Die Neuen Kriege“ (2002) den Gewaltexzessen jenseits der rar gewordenen Staatenkriege neue Bilder zu liefern und die Mikropolitik privater Gewaltunternehmer in verschiedenen Konflikten exemplarisch darzustellen und so wieder zu einem Untersuchungsgegenstand zu machen. Das geradezu mechanische Bild zweck-rationaler Krieg erklärender und Frieden schließender Staaten wurde durch die nüchterne Tatsache ergänzt, dass sich der Krieg für substaatliche Eliten wirtschaftlich lohnt und für die Soldaten oft schlicht den unmittelbarsten Weg zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse bzw. „Sicherheit“ ihrer Existenz darstellt. Mary Kaldor beschreibt hierfür ausführlich ihre Erfahrungen und Untersuchungen aus dem Krieg in Bosnien-Herzegowina. Wie in allen „Neuen Kriegen“ richtete sich dort die Gewalt vornehmlich gegen Zivilisten und Kriegsverbrechen, Vergewaltigung, ethnisches Morden, Verstümmelungen und Vertreibungen erhalten strategischen Sinn, da sie in einer globalisierten Welt durch Abgrenzung Identität stiften. Ethnische Identitäten und geschürter Hass auf andere Bevölkerungsgruppen verlängern das

Kriegsgeschehen und dienen der Mobilisierung neuer KämpferInnen. Denn einige der vielfältigen Akteure der „Neuen Kriege“ sind weniger an einem Sieg, also einer neuen Friedensordnung interessiert, sondern an der Verstetigung des Krieges, der die Basis ihrer Macht darstellt. Nicht die Eroberung oder Verteidigung eines Gebietes ist ihr Ziel, sondern die dauerhafte Plünderung. Durch die Abwesenheit einer zentralen Ordnung unter diesen Akteuren, eines Gewaltmonopols, ist ein Friedensschluss nur schwer oder gar nicht möglich.

Die Entstaatlichung des Krieges steht bei Münkler noch stärker im Vordergrund, die er für die Barbarisierung der „Neuen Kriege“ verantwortlich macht. Er vergleicht diese einerseits mit dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648), andererseits mit dem Idealbild des Staatenkrieges, wie ihn von Clausewitz beschrieb. Münkler zeichnet nach, wie sich die europäischen Nationalstaaten gebildet haben und vor allem wie sie zum Monopolisten des Krieges geworden sind. Im Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg erkennt Münkler viele Parallelen zu den „Neuen Kriegen“, so stellte auch er „... eine Abfolge und Überlagerung einzelner Kriege und Konflikte dar, die sich derart miteinander verwoben und verkettet haben, dass man von einem einzigen Krieg sprechen kann.“ (Münkler 2002)

„Man führte groß angelegte Verwüstungsfeldzüge, und es entwickelte sich eine Form des Krieges, die durch kleinere Scharmützel und Streifzüge, Plünderungen und Brandschatzungen, Überfälle und Massaker gekennzeichnet war. Mochte diese Art der Kriegsführung von den Feldherren auch zunächst bewusst geplant worden sein, so gerieten die daran beteiligten Truppen doch zunehmend außer Kontrolle; schon bald führten sie auf eigene Rechnung Krieg und kannten dabei, was Grausamkeiten und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung angeht, keine Grenzen.“ (Münkler 2002)



Dementsprechend schwierig gestaltete sich der Friedensschluss, etwa 150 000 Soldaten und Gewaltunternehmer verloren mit dem westfälischen Frieden ihre Geschäftsgrundlage. In der Folge erkannten einerseits die Staatsherren die Notwendigkeit, den Krieg dauerhaft unter ihre Kontrolle zu bekommen, andererseits führten taktische und waffentechnische Innovationen zur immensen Überlegenheit zentral gelenkter Truppen, die alle Waffengattungen umfassten und koordinierten. Also wurden die häufig mit ihren ganzen Familien und einem großen Tross umherschweifenden deutschen Landsknechtsverbände ebenso aufgelöst, wie die italienischen Condottieri. Vor allem letzteren wurde vorgeworfen, zwar gerne Zwietracht unter ihren Auftraggebern zu säen, untereinander aber eher kameradschaftlich als kriegerisch zu handeln und nicht allzu gerne ihr Leben in der Schlacht zu riskieren. Ihnen wurde ihre eigenwillige Bekleidung verboten, sie wurden statt dessen in „des Königs Rock“ gesteckt, von der restlichen Gesellschaft getrennt, kaserniert und mit Drill bis in die kleinsten Bewegungen hinein diszipliniert. Dazu war jedoch bereits ein hohes Maß an staatlicher Ordnung und vor allem ein ausgebautes Steuerwesen vonnöten, um auch in „Friedenszeiten“ stehende Heere aufrecht erhalten zu können.

Diese *Verstaatlichung des Krieges* war für Münkler Voraussetzung für die Entwicklung des europäischen Kriegsvölkerrechts, sozusagen der Zivilisierung des Krieges, die Münkler ideologisch völlig überhöht. In Anlehnung an den preußischen Militärstrategen von Clausewitz vergleicht er den Krieg mit einem Ring-

kampf unter Gleichen, einem erklärten und verrechtlichten Akt, in dem die Entscheidungsschlacht gesucht und anschließend Frieden geschlossen wurde. Die Zivilbevölkerung sei dabei geschont und die Kriegsgefangenen und Verwundeten seien nicht nur am Leben gelassen sondern auch mit Würde behandelt worden.

Die „*Neuen Kriege*“ zeichneten sich hingegen durch die Entstaatlichung der Gewalt aus und damit auch durch dessen Entrechtlichung und Barbarisierung. Münkler bezeichnet sie als endemisch und warnt:

„Das Konglomerat aus Raubzügen und Plünderungen, Massakern und Gewaltexzessen [...] ist eher ein Menetekel dessen, was auch Europäer und Amerikaner erleben wird, wenn es ihnen nicht gelingt, das aufgebrochene Gewaltmonopol der Staaten im globalen Maßstab wiederherzustellen (beziehungsweise überhaupt durchzusetzen) und so dafür zu sorgen, dass die Staaten (wieder) die alleinigen Herren des Krieges werden.“ (Münkler 2002)

Die „*Neuen Kriege*“ zeichnen sich durch die Entstaatlichung der Gewalt aus und damit auch durch dessen Entrechtlichung und Barbarisierung

Endemisch, das bedeutet: nur in einer bestimmten Gegend vorkommend, nämlich: „... an den Rändern und Bruchstellen der einstigen Imperien, die bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die Welt beherrscht und unter sich aufgeteilt hatten.“ (Münkler 2002)

Bei Münkler treffen problematische Denkweisen aufeinander. Der Geodeterminismus, also die Vorstellung, dass die gesellschaftliche Ordnung von der geografischen Lage abhängig wäre, war eine für den Nationalsozialismus grundlegende Ideologie. Seine eurozentristische Sicht, die europäische Geschichte des Krieges und der Staatenbildung auf die ganze Welt abbilden zu wollen, vermischt sich mit der Rhetorik von Barbaren und Barbarengrenzen. Die eigene Zivilisation müsse nun exportiert werden, um ihren Untergang zu verhindern, schließt der deutsche Kriegsforscher Münkler unter anderem mit Rückgriff nicht nur auf von Clausewitz, sondern auch den NS-Rechtswissenschaftler Carl Schmitt.

Mary Kaldors Buch ist, das merkt man, nicht vom Schreibtisch in Deutschland aus, sondern aus dem Konflikt heraus geschrieben. Sie verzichtet auf geografische und rassistische Zuschreibungen, sondern stellt dar, unter welchen Bedingungen und mit welchem Kalkül der Konflikt geschürt und ethnische Identitäten konstruiert werden. Dies ist besonders begrüßenswert vor dem Hintergrund, dass viele Konflikte vordergründig als ethnisch oder ethnischen Ursprungs beschrieben werden. Wichtig ist auch, dass Mary Kaldor schreibt:

„In allen neuen Kriegen lassen sich Menschen und Orte finden, die sich gegen die Politik des Ausschlusses stemmen – Hutu und Tutsi, die sich als Hutu bezeichneten und ihre Dörfer gegen den Völkermord zu verteidigen suchten; die Nichtnationalisten in den Städten Bosnien-Herzegowinas, insbesondere Sarajevo und Tuzla, die zivile multikulturelle Werte am Leben erhielten; die Stammesältesten im Nordwesten Somalias, die eine Friedensvereinbarung aushandelten.“ (Kaldor 2000)

Schade allerdings, dass sich Kaldor selbst keineswegs den zivilen Werten verpflichtet fühlt. So schließt sie aus ihren Beobachtungen der Balkan-Kriege, dass ein früheres Eingreifen mit Bodentruppen gegen Milosevic die akkurate Reaktion der internationalen Gemeinschaft gewesen wäre. Für die Zukunft schlägt sie schon in ihrem Buch den Aufbau einer internationalen Interventionsstreitmacht vor, welche in polizeilich-militärischen Einsätzen die Kontrolle der Gewalt an sich reißen und eine gesicherte Rechts- und Wirtschaftsordnung durchsetzen soll.

„Unter dem Strich läuft der Vorschlag einer kosmopolitischen Rechtsdurchsetzung auf das ehrgeizige Projekt hinaus, einen neuen Typ von Soldaten und Polizist zu schaffen.“ (Kaldor 2000)



Viele Rezensenten nannten diese Vorstellungen utopisch. Der EU-Außenbeauftragte Solana erkannte jedoch das legitimatorische Potential der anschaulich darstellenden und vor Humanismus und Idealismus strotzenden Autorin und beauftragte sie, zusammen mit einer Studiengruppe aus Militärs, Politikern und Wissenschaftlern, Entwürfe zur zukünftigen EU-Außen – und Sicherheitspolitik zu machen. Ergebnis war die „Human Security Doctrine for Europe“ in der Kaldors internationale Streitmacht von Krieger im Namen der Menschlichkeit einen Namen erhält: Sie schlägt die Aufstellung einer 15 000 Menschen umfassenden zivil-militärischen Human Security Response Force für künftige EU-Interventionen vor.

Die nachträgliche Zivilisierung der europäischen Kriege

Der entscheidende Trick, den beide Autoren anwenden, um die gegenwärtigen Konflikte Bahn brechend als neu zu beschreiben, besteht darin, dass sie ihm gegenüber ein Idealbild des modernen europäischen Staatenkrieges entgegenhalten und die Unterschiede von diesem Idealbild als das Neue an den „Neuen Kriegen“ beschreiben. Die Kriege, die von durch den europäischen Liberalismus geprägten Staaten in den letzten 200 Jahren geführt wurden, werden dadurch mit diesem Idealbild in Eins gesetzt und scheinen gegenüber den „barbarischen“ neuen und vor-staatlichen Kriegen als zivilisiert. Sie haben so nie stattgefunden. In jedem Krieg wurde vergewaltigt und geplündert, und die Soldaten begannen auf eigene Rechnung ihre Schlachten zu schlagen. Auch was die Symmetrie und Verrechtlichung der Hauptkampfhandlungen angeht, waren beide zwar groß zwischen den staatlichen Armeen europäischer Prägung hergestellt, aber keineswegs in den Kolonialisierungs- und Dekolonisierungskriegen, der Niederschlagungen von Aufständen mit Schnellfeuerwaffen sowie dem mörderischen Alltag der Protektorate oder den Stellvertreterkriegen während des vermeintlich „Kalten Krieges“. Münkler selbst gesteht das ein, indem er schreibt: „Der kleine Krieg ist stets der Begleiter des großen Krieges“. Das spanische Wort Guerilla bedeutet auf deutsch „Kleiner Krieg“, worunter Münkler wiederum in Rückgriff auf von Clausewitz den asymmetrischen, den nicht-zwischenstaatlichen Krieg versteht. Um das Idealbild des zivilisierten, „Großen“ Krieges zu erhalten wird also das barbarische an ihm ausgeklammert.

Heute hingegen trete der kleine Krieg aus dem Schatten seines großen Bruders, alleine stehend neben ihm - als „Neuer Krieg“.

Einen guten Einblick in die neuen Kriege, speziell in die Gewaltökonomie von Mega-Metropolen, liefert das Buch „Space//Troubles - Jenseits des guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und Städtisches Leben“ (2003), in dem Künstler, Journalisten und Wissenschaftler die Mikropolitik informeller Märkte und Gewaltstrukturen in Metropolen rund um den Erdball beschreiben. Jochen Becker begründet in seinem Beitrag „Home and Abroad“ das Funktionieren der These von den „Neuen Kriegen“ bzw. der Dichotomie verstaatlichte vs. barbarische Kriege mit der Bilderlosigkeit der kleinen und der (visuellen) Betonung der großen Kriege:

„Hat der Krieg des 21. Jahrhunderts, der gern als bilderloser Krieg bezeichnet wird und der mehr denn je als Medienkrieg geführt wird, das Verhältnis von Bild und Ereignis grundlegend verändert?“ fragt Herausgeber Anton Holzer im Vorwort des Sonderbandes ‚Krieg und Fotografie‘ und zeigt im Laufe der Beiträge, dass diese ‚Bildlosigkeit‘ eine wiederkehrende Figur des Verschweigens ist. Der ‚Dramatisierung eines langen Stellungskrieges‘ an der Westfront des ersten Weltkrieges steht weiterhin die relative Bildlosigkeit von den Massakern im Osten der Front gegenüber. ‚Der Erste Weltkrieg ist der herrschenden Rekonstruktion zufolge ein zwar grausamer und leidvoller, aber durchaus ein ‚sauberer Krieg‘. Der Ver-



nichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung in Ost- und Südosteuropa zeichnet freilich ein anderes Bild.“ (Becker 2005)

Demgegenüber werden die kleinen und neuen Kriege, seit sie als Bedrohung der Zivilisation und Legitimation neuer Feldzüge der USA und der EU vermittelt werden, nicht nur wissenschaftlich in die Öffentlichkeit gezerrt sondern auch ausgiebig mit Bildern unterfüttert. Einen Höhepunkt bildete dabei zweifellos das Jahr 2001, nicht nur wegen den endlos wiederholten Aufnahmen der asymmetrischen Angriffe auf das WTC und die darin befindlichen Zivilisten am 11. September, die den Terrorismus mit einem Schlag zu dem weltweiten Top-Thema machten. Im selben Jahr erschien auch Ridley Scotts Kriegsfilm „Black Hawk Down“, in dem mit Unterstützung durch das Pentagon 144 Minuten lang detailgenau die dramatischsten Stunden des US-Einsatzes in Somalia dargestellt werden, als am 3. Oktober 1993 Einheiten der Delta Force den Warlord Aidid in einem von ihm kontrollierten Viertel Mogadischus festnehmen wollten: Eine Art Polizeimission, ausgeführt von wenigen hochgerüsteten Spezialeinheiten in





urbanem Gelände gegen einen sub-staatlichen Kriegsherren, dessen Anhänger man zuvor auf Menschen schießen sah, die von einem Konvoi westliche Hilfsgüter entgegennehmen wollten. Die Mission misslingt gnadenlos: Aidid wird von der teils bewaffneten Bevölkerung unterstützt und verteidigt, nach wenigen Minuten wird ein US-Hubschrauber abgeschossen, später ein zweiter. Die gelandeten US-Soldaten kommen in Bedrängnis, werden verletzt, können nicht mehr geborgen werden und irren stundenlang durch die Gassen Mogadischus, wo sie von Milizionären auf Jeeps gejagt und von Zivilisten angegriffen werden. Sie schießen, bis die Munition ausgeht. Am Ende des Tages sind vermutlich über tausend Somalis und 18 US-Soldaten tot, zwei ihrer Leichen werden triumphierend durch die Stadt gezogen. Zwischen dem Erscheinen von Kaldors und Münklers Büchern wurde hier Popkulturell aufbereitet, was die „Neuen Kriege“ ausmacht: Warlords in Jeeps, niedergemetzelte Zivilisten, Leichenschändung.

Diese Bilder dehnen sich über ganze Gebiete aus und die „Warlordisierung“ ersetzt in der westlichen Repräsentation zunehmend das Bild des Hungers als Charakteristikum der „Dritten Welt“. Es sind die dominierenden Bilder, welche die Metropolen von dort erreichen und wer heute in Afrika, weiten Teilen des Mittleren Ostens oder Zentralasiens von internationalen Eliten wahrgenommen werden will, muss ein Blutbad anrichten. Wo einst die flehenden Augen afrikanischer Kinder mit Hungerödemen auf Plakatwänden zur Spendenbereitschaft animieren sollten, werden heute Kindersoldaten mit Kalaschnikows abgebildet. Daran sind auch Münkler und Kaldor nicht unschuldig, da sie dazu tendieren, gescheiterte Staaten und aufbrechende Gewaltmono-

pole mit Kriegszustand in Eins zu setzen oder diesen Kriegszustand gar als endemisch (jenseits der Barbarengrenzen) zu bezeichnen. Was daraus resultiert, ist eine Aufteilung in zivilisierte Welt und Interventionsgebiet, ähnlich derjenigen, die US-Präsident Bush bei seiner Verkündung des „Krieg gegen den Terror“ in Gut und Böse vornahm.

...gelangen wir zu einem anderen Bild der vielleicht gar nicht so neuen Kriege: Staatliche und sub-staatliche Gewaltunternehmer führen Kriege niederer Intensität um Macht und Ressourcen

Die Beschreibung der Konflikte in dieser „Dritten Welt“ als „Neue Kriege“ hat die dort herrschende Gewalt wieder sichtbar gemacht, doch ist gewissermaßen übers Ziel hinausgeschossen. Unter den spärlichen Informationen, die aus diesen, von hier aus marginalisierten, Regionen durchdringen, dominieren mittlerweile die Massaker und sollen militärisches Eingreifen rechtfertigen. Wenn dort hingegen tausende friedlich gegen Gewalt, Warlords oder diktatorische Regimes demonstrieren, so fällt dies in der hiesigen Wahrnehmung gewöhnlich unter den Tisch. Um diese Fehlwahrnehmung zu korrigieren, haben Connection e.V. und die Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative e.V. gemeinsam eine Broschüre „Das andere Afrika“¹ erstellt, in deren Vorwort es heißt:

„Zumeist geraten die Ereignisse in Afrika nur ins Blickfeld, wenn über Kriege, Flüchtlinge oder Hungerkatastrophen berichtet wird. Nur selten [...] wird ein anderes Bild gezeigt: Frauen und Männer, die trotz Krieg, Gewalt, Diktatur,

Korruption sowie Raubbau an den Naturschätzen nicht resignieren. Sie kämpfen für ihre Zukunft und fordern ein Ende der Herrschaftsgewalt und der Kultur der Strafflosigkeit gegenüber den Herrschenden. Sie wenden sich gegen die oft entscheidende Unterstützung der Diktaturen durch die Industrieländer. Die Menschen organisieren sich auch im Krieg oder Bürgerkrieg. Als Gruppen versuchen sie, die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Menschenrechte durchzusetzen. Sie organisieren praktische Abrüstungsmaßnahmen und engagieren sich für die Beendigung der Kriege sowie eine friedliche Veränderung der Gesellschaft.“(Connection e.V. 2005)

Bücher, welche die „Neuen Kriege“ zugespitzt beschreiben wollen, suchen explizit nach Momenten der Gewalt in teilweise sehr großen Gesellschaften und beschreiben diese ausführlich. Dadurch besteht die Gefahr, das Maß an Gewalt zu überschätzen. Es wird leicht vergessen, wie unglaublich groß diese Regionen sind und dass selbst wöchentliche Massaker und Gefechte, beispielsweise in der Demokratischen Republik Congo (DRC), die fast sieben mal so groß ist wie die BRD, nicht mit den Schlachten von Massenheeren, der Gewalt in den totalen Kriegen oder gar der industriellen Vernichtung von 6 Millionen Juden vergleichbar sind.

Die Staatenkriege und die Gestaltung der Welt

Eine weitere Beschönigung der klassischen zwischenstaatlichen Kriege bzw. der Verstaatlichung des Krieges in Europa entsteht durch die Abkoppelung der kleinen von den großen Kriegen. Erstere sind nämlich keineswegs voraussetzungslos. Wie Münkler richtig beschreibt, war für den Aufbau stehender Heere zunächst eine



gewisse Zentralisierung politischer Herrschaft und vor allem ein Steuersystem vonnöten, welches die finanziellen Grundlagen für hohe und ständige Ausgaben im Militärbereich bildete und langfristig das Entstehen staatsnaher militärisch-industrieller Komplexe ermöglichte. Durch deren Bevorzugung durch öffentliche Investitionen konnten sie führend bei der technischen Innovation werden und nicht nur immer zerstörerische Waffen entwickeln, sondern als Nebenprodukte Technologien auf den zivilen Markt bringen, welche die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen.

Stehende Heere und waffentechnische Überlegenheit waren auch die Voraussetzung für koloniale Eroberungen, welche die Lebensgrundlagen der Menschen in weiten Teilen der Welt zerstörten oder veränderten und Teilursachen heutiger Konflikte darstellen. Die in diesem Zuge militärisch durchgesetzte weltweite kapitalistische Arbeitsteilung und die westliche Rüstungsindustrie ist heute Voraussetzung für das lange Anhalten der Konflikte. Kaldor spricht in diesem Kontext von einer „globalisierten Kriegswirtschaft“ und Münkler schreibt: „Kriege dauern normalerweise um so länger, je stärker die an ihnen Beteiligten auf Ressourcen der Weltwirtschaft zurückgreifen können.“ Es steht außer Frage, dass viele der gegenwärtigen blutigen Konflikte ohne den Export von Rohstoffen in und den Import von Waffen aus den westlichen Industrieländern längst ausgetrocknet wären. Kaldor und Münkler kritisieren in diesem Zusammenhang v. a. auch humanitäre Hilfe, deren Verteilung meist durch Warlords kontrolliert werden könne und so ihre Machtbasis stärken.

Mikropolitik und Politik

Die Beschreibung des Alltags in den

neuen Kriegen, der Motivation von Gewaltunternehmern, der Absicht hinter Massakern, der Konstruktion von Ethnizität und der Vereinnahmung ziviler Helfer, die von den Protagonisten der „Neuen Kriege“ geleistet wird, macht durchaus Sinn. Dabei spielt es auch nicht die wesentliche Rolle, ob die konstatierte Zu- und Abnahme verschiedener Phänomene des Krieges sich empirisch und quantitativ bestätigen lässt, wie es von vielen Kritikern bezweifelt wird. Denn im Wesentlichen laufen die hier beschriebenen Bücher und Thesen auf das Erzeugen eines neuen Bildes von Krieg hinaus, das vermutlich lange überfällig ist. Wie ließe sich mit der Vorstellung des kalten Krieges von hochgerüsteten staatlichen Armeen an einer relativ klaren Front, welche die ganze Welt in zwei Hälften teilt, die gegenwärtige Situation beschreiben. Wie lässt sich mit den dominanten Bildern der europäischen Staatenkriege der letzten 300 Jahren die Tatsache erfassen, dass deutsche Soldaten und Polizisten gegenwärtig in 32 Staaten rund um den Globus im Rahmen von EU, NATO oder UN aktiv sind, als Militärberater, Stabilisierungskräfte, auf Terroristenjagd oder als Polizeiausbilder.

Das Problem ist jedoch die verklärende Dichotomisierung zwischen europäischer Kriegspolitik und „Neuen Kriegen“, eine letztlich rassistische oder zumindest kulturalistische Unterscheidung in Zivilisation und Barbarei, wobei sich Zivilisation für Münkler durch die staatliche Monopolisierung des Krieges, bei Kaldor aus dem europäischen Humanismus und Liberalismus ergibt. Beide fordern auf dieser Grundlage ein verstärktes militärisches Engagement der EU im Rest der Welt.

Warum taucht in diesem Zusammenhang immer wieder der Begriff von Mikropolitik auf? Damit werden im Allgemei-

nen die Strategien und Kalküle privater Gewaltunternehmer bezeichnet, die auf wirtschaftlichen Gewinn oder Machtzuwachs abzielen. Wir erkennen hier das eingangs erwähnte Phänomen wieder, dass unter Politik im Wesentlichen das verstanden wird, was von staatlichen Akteuren betrieben wird. Ähnlich, wie der kleine Krieg vom großen abgetrennt und ihm gegenübergestellt wird, um ihn zu glorifizieren, wird die Mikropolitik aus der großen Politik ausgeklammert und mit allen negativen Eigenschaften besetzt. Staaten führen Friedensmissionen mit zivilisierten Soldaten gegen sub-staatliche Warlords und Milizen, deren Ziele Plünderung und Macht sind. Wenn wir aus dieser Beschreibung kulturalistische Vorannahmen tilgen und die Unterscheidung zwischen Politik und Mikropolitik aufheben, gelangen wir zu einem anderen Bild der vielleicht gar nicht so neuen Kriege, welches auf verzerrende Dichotomien verzichtet: Staatliche und sub-staatliche Gewaltunternehmer führen Kriege niederer Intensität unter Einbeziehung von Zivilisten um Macht und Ressourcen.

Stellt sich die Frage, ob auch diese sich als „Abfolge und Überlagerung [...] derart miteinander verwoben und verketten haben, dass man von einem einzigen Krieg sprechen kann.“

Anmerkungen

¹ Connection e.V. und Antimilitaristische Angolanische Menschenrechtsinitiative: Das andere Afrika: Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung, April 2005

Dies ist ein Vorabdruck aus dem im November 2005 erscheinenden isw-Spezial „Entgrenzte Sicherheit“ und erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München (isw).

Bolivien im Spannungsfeld

Ein Land zwischen Regierung und sozialen Bewegungen

Jonna Schürkes

Am 4. Dezember wird in Bolivien ein neuer Präsident gewählt. Favoriten sind bisher Jorge Quiroga, Präsident Boliviens 2001/02 und Vertrauter des Ex-Diktators Hugo Banzer. Für seine Wahl hat er eine eigene Partei gegründet: Poder Democrático Social - PODEMOS – „wir können“. Zuvor war er Vorsitzender der ADN (Acción Democrática Nacional), eine Partei, die am ehesten als „rechtsliberal“ einzustufen wäre. Ebenfalls als Favorit gehandelt wird Evo Morales, in den Medien meist als Vertreter der Coca-Bauern bezeichnet. Inzwischen stellt er sich selbst als den parlamentarischen Arm der sozialen und indigenen Bewegungen dar, auch wenn sich viele Teile der Bewegung von ihm distanzieren. Er tritt schon die dritte Wahl in Folge als Präsidentschaftskandidat der MAS (Movimiento al Socialismo) an. Auch wenn er bei der Präsidentschaftswahl 2002 nur wenige Stimmen weniger bekam als Sanchez de Lozada von der MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario), wurde dieser in der zweiten Runde vom Parlament als Präsident gewählt. Die Wahl von Morales wurde damals von den anderen Parteien und von den Medien als Untergang der Demokratie in Bolivien dargestellt. Inzwischen wurden zwei Präsidenten seit 2002 vor allem durch indigene und soziale Bewegungen zum Rücktritt bzw. zur Flucht gezwungen.

Auch wenn die sozialen Bewegungen, seitdem Eduardo Rodriguez im Juni zum Übergangspräsidenten ernannt wurde, weitgehend ihre Streiks beigelegt haben, so hat sich an der Situation, in der der letzte Präsident Carlos Mesa zurückgetreten ist, nichts geändert. Auslöser der „Krise“ war die Frage nach der Nationalisierung der Gasvorkommen, die auch weiterhin ungeklärt ist.

Egal wie die Wahl ausgehen wird, die sozialen und indigenen Bewegungen, die in den letzten fünf Jahren die Politik entschieden haben, werden auch weiterhin die Regierungen mit Argwohn beäugen und bei Nichterfüllung ihrer Forderungen dafür sorgen, dass das Land stillgelegt wird, zumal die derzeitige politische

und wirtschaftliche Elite des Landes auch weiterhin dafür sorgen wird, dass sich in Bolivien nichts Fundamentales ändert. Auch diesmal ist die Angst vor einer Wahl von Morales hoch. Die USA, die bei der Wahl 2002 von einigen für dessen Wahlerfolg verantwortlich gemacht wurde, da sie lautstark vor einer Wahl Morales warnten und damit drohten die US-Hilfe für Bolivien drastisch zu reduzieren¹, verhalten sich diesmal verhältnismäßig ruhig, wohingegen die Rechte in Bolivien lautstark gegen Morales wettet. José Brechner, Mitglied der ADN und leidenschaftlicher Kolumnenschreiber in der Zeitung *El Iberoamericano* meint: „Egal wer 2006 an die Macht kommt, er kann die absurden Forderungen der provozierenden Anführer nicht erfüllen, deren Motivation ausschließlich der eigene Vorteil ist und die sich nicht für die wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Landes interessieren. Wir sprechen hier nicht nur von der Masse der Analphabeten, sondern auch von Universitäten, kommunalen Verwaltungen, Schulen und Gewerkschaften, alle fordern sie mehr finanzielle Mittel, ohne dass sie sich überlegen, woher dieses Geld kommen soll. Die Unverantwortlichkeit dieser Institutionen ist nicht nur infantil, sondern auch höchst destruktiv.“²

Fünf Jahre Macht der Straße

Die ersten Proteste in Bolivien, die in Europa von einer größeren Anzahl an Journalisten wahrgenommen wurden, waren im so genannten Wasserkrieg im Jahr 2000. Die Privatisierung des Wassersektors, der teilweise an die US-amerikanische Firma Bechtel verkauft wurde, sorgte für massive Proteste der indigenen und sozialen Bewegungen vor allem in Cochabamba, einem Departamento östlich von La Paz. Bechtel erhöhte die Preise zeitweise um 200%. Durch die wochenlang anhaltenden Proteste wurde die Regierung gezwungen, den Wassersektor erneut zu verstaatlichen. Bechtel fordert Entschädigungszahlungen, denen jedoch zumindest offiziell bis heute nicht nachgekommen wurde. Dieser erste Erfolg

der sozialen und indigenen Bewegungen hat dazu geführt, dass es vor allem im bolivianischen Hochland seitdem immer wieder Proteste gibt, die in einigen Fällen zum Rücktritt des jeweiligen Präsidenten führten. Der Erfolg, einen derjenigen Konzerne mit besten Beziehungen insbesondere zur US-Regierung zum Rückzug aus einem sehr profitablen Geschäft gezwungen zu haben, hat der Bewegung Respekt der eigenen Regierungen und ein enormes Selbstbewusstsein verschafft.

Seit diesem Erfolg machen die sozialen und indigenen Bewegungen deutlich, dass ohne sie ein Regieren in Bolivien nicht möglich ist. Da bisher den Bewegungen nur einige wenige Zugeständnisse gemacht wurden, hat es seit 2000 nur eine Präsidentschaftswahl, aber fünf Präsidenten gegeben.

2002 wurde Gonzalo Sánchez de Lozada „Goni“ zum Präsidenten gewählt. Seine Amtszeit dauerte etwas länger als ein Jahr und war gekennzeichnet von Straßenblockaden und Streiks, die Goni zunächst zu ignorieren versuchte, um schließlich die Polizei und das Militär auf die Demonstranten loszulassen, die im Oktober 2003 viele Demonstranten umbrachten (die Zahlen sind sehr unterschiedlich). Die anhaltende Gewalt, vor allem in La Paz, und die Tatsache, dass die Demonstranten mehrere Tage den Präsidentenpalast belagerten und deutlich machten, dass sie nicht dulden würden, dass Goni im Amt bleibe, zwangen ihn, nach Miami zu flüchten und sein Vizepräsident Carlos Mesa übernahm das Amt. Schon während der Regierungszeit von Sánchez de Lozada kritisierte Mesa die Vorgehensweise des Militärs und der Polizei, weswegen er auch für die sozialen und indigenen Bewegungen als Präsident akzeptabel war. Doch schon zu Beginn der Regierung drohte u.a. Evo Morales, dass die Bewegung die Blockaden sofort wieder errichten würde, sollte Mesa seine Versprechungen (die Durchführung eines Referendums über den Umgang mit den Erdgasvorkommen, die Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung und die „Lösung“ des Erdgaskonfliktes) nicht halten. Auch wenn schon im Oktober 2003 die Chancen schlecht standen, dass man sich zwischen indigenen und sozialen Bewegungen und der etablierten politischen und wirtschaftlichen Elite auf eine Regelung im Streit um das Erdgas einigen könnte, wurde Mesa von vielen als die letzte Möglichkeit gesehen. Doch die gesamte Regierungszeit, insgesamt 20 Monate, war durchzogen von Konflikten, auch wenn Mesa das Referendum vor

einem Jahr durchführte. Nach wochenlangen Protesten erklärte er bereits am 6. März 2005 seinen Rücktritt und beschuldigte in seiner Rede vor allem Evo Morales und den Vertreter der Nachbarschaftsbewegung Abel Mamami, sie würden das Land unregierbar machen. Mesa machte seinen Rücktritt jedoch von einem Parlamentsbeschluss abhängig und das Parlament stimmte gegen seinen Rücktritt, darunter unter anderem Evo Morales. Mesas Rücktritt vom Rücktritt koppelte er an die Forderung, eine Lösung des Konfliktes zu finden, dies gelang ihm jedoch nicht: Nach weniger als zwei Wochen legten die sozialen Bewegungen erneut La Paz lahm und forderten weiterhin die Renationalisierung des Erdgassektors, im Mai drohten die Minenarbeiter mit Dynamit, die COB und die Nachbarschaftsbewegung erklärten den unbefristeten Streik. Im Juni besetzten soziale Bewegungen die Förderungsanlagen der spanischen Erdgasfirma Repsol und legten die komplette Erdgasförderung still. Anfang Juni erklärte Mesa aufgrund der Tatsache, dass es zu keiner Einigung kommen konnte, seinen Rücktritt.

Hiermit stand die Bewegung vor dem Problem, ob die Proteste weitergeführt werden sollten oder nicht, denn eigentlich wollte man keinen neuen Präsidenten, man wollte die Renationalisierung des Gases. Abel Mamami sagte, nachdem Mesa seinen Rücktritt angekündigt hatte: „Egal, wer der nächste Präsident sein wird, wir werden uns nicht zur Ruhe setzen. Wir haben den Rücktritt des Präsidenten Mesa nicht gewollt, wir wollen die Verstaatlichung. Da gibt es keinerlei Verhandlungen.“³ Andere halten den Rücktritt für ein Ablenken von der Verstaatlichung. Indem man nun Neuwahlen organisiere, Sorge man nur dafür, dass das Erdgasproblem weiter verschoben werde. Zum anderen befürchtete man, dass der Präsident des Kongresses Hormando Vaca Diez, ein offenkundiger Vertreter der Unternehmerinteressen, zum Nachfolger ernannt werden würde. Daher wurde das Ziel der Proteste einige Zeit von der Verstaatlichung auf die Verhinderung von Vaca Diez verlegt. Mit der Ernennung von Eduardo Rodríguez zum Übergangspräsidenten wurde bewusst eine Person ausgewählt, die kaum bekannt ist und politisch kein Profil erkennen lässt. Er erklärte in seiner Antrittsrede ausdrücklich, er habe kein politisches Programm, gehöre keiner Partei an und er verfolge auch keinerlei persönliche Interessen. Das Einzige, was er machen werde, wäre die Organisation der Präsidentschaftswahlen wobei er das

Land bis zu diesem Zeitpunkt verwalten werde. Und er fügte hinzu: „Ich bin Mitglied des obersten Gerichtshofes und ich will es auch bleiben.“⁴

Die sozialen und indigenen Bewegungen

Der bolivianische Widerstand, der nicht nur der etablierten weißen Oberschicht in Bolivien, sondern auch den USA, verschiedenen internationalen Organisationen, wie dem IWF, der Weltbank, der OAS und anderen gilt, ist vielschichtig und verwirrend. Es handelt sich zum einen um eine Vielzahl von Organisationen, jede mit eigenen Prioritäten und Vorstellungen, die sich aber immer dann zusammenschließen, wenn es darum geht, bestimmte politische Entscheidungen zu verhindern. Zum anderen sind auch die Strategien höchst unterschiedlich. Medienwirksam und deshalb hierzulande auch sehr präsent, sind die Massenproteste, Straßenblockaden und Streiks. Die sozialen Bewegungen Boliviens sind bei vielen Konferenzen und vor allem auf internationalen Treffen, wie beispielsweise dem Weltsozialforum präsent und schaffen dadurch eine stärkere Medienpräsenz. Die Folgen sind, dass einige der Organisationen hohe finanzielle Unterstützung von verschiedenen Institutionen bekommen und außerdem die Geschehnisse in Bolivien von der Öffentlichkeit in Europa und den USA wahrgenommen werden, was der Bewegung einen gewissen Schutz gewährt und ihre Macht der etablierten politischen Elite gegenüber vergrößert. Daneben ist seit der Präsidentschaftswahl 2002 die Partei „Movimiento al Socialismo“ (MAS) von Evo Morales zweitstärkste Kraft im Parlament. Eine weitere Partei ist die MIP (Movimiento Indígena Pachakutik), die zum ersten Mal bei den Wahlen im Jahr 2002 antrat und sofort 6% gewann. Inzwischen ist jedoch der „lider“ der Partei Felipe Quispe, genannt „Mallku“, aus dem Abgeordnetenhaus ausgetreten, mit der Begründung, er wolle mit einer derart korrupten Gruppe nicht zusammenarbeiten. Er ist einer der populären Verfechter der Auflösung Boliviens als Staat und der Rückkehr zu lokalen Regierungen auf Gemeindeebene, nach der Tradition der indigenen Bevölkerung der Aymara. Zur diesjährigen Wahl wird er jedoch erneut als Präsidentschaftskandidat antreten.

Einige wichtige Organisationen

Die Bauerngewerkschaft CSUTCB (Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia) ist meist verantwortlich für die Mobilisierung und Koordinierung der Proteste, Straßenblock-

kaden und Streiks. Ein Teil der CSUTCB schloss sich vor den Wahlen 2002 zu der Partei MIP unter der Führung von Felipe Quispe zusammen und gewannen 6% der Stimmen.

Weniger radikal sind die „Federaciones Cocaleras de El Chapare“, bei denen es sich um eine Vertretung der Coca-Bauern im Hochland um Cochabamba handelt. Aus dieser Organisation hervorgegangen ist die Partei Movimiento al Socialismo, deren „lider“ Evo Morales ist. Inzwischen ist die MAS jedoch nicht mehr ausschließlich Partei der Coca-Bauern und zwischen den Organisationen der Coca-Bauern und der MAS bzw. Evo Morales gibt es oft Meinungsverschiedenheiten.

Die COB (Central Obrera Boliviana) ist sozusagen der Dachverband der Gewerkschaftsorganisationen in Bolivien. Die COB organisiert die Streiks und Proteste in den Städten und mobilisiert auch jene Gruppen, die sich nicht von der MAS und der CSUTCB vertreten fühlen. Die Tatsache, dass neben den Kleinbauern und Coca-Bauern auch Berufsgruppen wie Lehrer, Bus- und Taxifahrer etc. vertreten sind, ist wohl größtenteils auf das Engagement der COB zurückzuführen. Die „Juntas Vecinales de El Alto“ unter der Führung von Abel Mamami ist eine Nachbarschaftsorganisation der Stadt El Alto oberhalb der Hauptstadt La Paz, eine hauptsächlich von armen Aymaras bewohnte Stadt. Hier beginnen meist die Proteste und von hier aus werden die Straßen um La Paz blockiert.

Vor allem die einzelnen Köpfe der Organisationen sind untereinander zerstritten, wobei insbesondere Evo Morales von Felipe Quispe und Mamami kritisiert wird. Ihm wird vorgeworfen mit der Macht zu liebäugeln und sich daher mit der Mittelklasse arrangieren zu wollen.

Die Forderungen der Bewegungen und Organisationen

Auch wenn die Forderungen sehr unterschiedlich sind, so sind sich die Bewegungen doch einig, dass die Verfassung und die politische Praxis in Bolivien verändert werden muss, um zu erreichen, dass die vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossene Bevölkerungsmehrheit, hier vor allem die indigene Bevölkerung, politisch repräsentiert wird. Die andere Forderung ist die Nutzung der natürlichen Ressourcen Boliviens. Dieses Thema entzündete sich an der Frage nach dem Export des Erdgases.

Beide Forderungen und viele weitere Konflikte und Forderungen stehen in direktem Zusammenhang zueinander:

die Bevölkerungsmehrheit in Bolivien, die meist indigen und/oder arm ist, lehnt sich gegen eine politische und wirtschaftliche Elite auf (sowohl nationale, als auch internationale), die sie über Jahrhunderte hinweg beherrscht und bevormundet hat, wobei die Frage der Ethnien meiner Meinung nach eine wesentlich geringere Rolle spielt, als immer behauptet wird.

Das Erdgas

Die Privatisierung des Erdgassektors in Bolivien steht in engem Zusammenhang zu dem radikalen Kurswechsel der bolivianischen Wirtschaftspolitik Mitte der 80er Jahre. Zu Beginn der 80er Jahre erlebte Bolivien, ähnlich wie die meisten anderen lateinamerikanischen Länder eine der härtesten Wirtschaftskrisen in der Geschichte des Landes. Ausgelöst durch verschiedene Faktoren, vor allem aber dem Fall des Weltmarktpreises für Zinn, eines der wichtigsten Exportprodukte Boliviens, und die Anhebung der Zinsen für ausländische Kredite seitens der US-amerikanischen Zentralbank, erlebte Bolivien zu Beginn der 80er Jahre de facto einen kompletten wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die Regierung von Hernán Siles Zuazo versuchte zunächst durch einige Reformen, wie beispielsweise die Aufhebung der Dollaranbindung die Krise zu bekämpfen. Die von ihm durchgeführten Reformen zeigten jedoch vor allem negative Wirkungen, weswegen er ein Jahr vor dem Ende seiner Amtszeit 1985 Neuwahlen ausrief, die der Kandidat der konservativen MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) Víctor Paz Estenssoro gewann. Dieser führte in den darauf folgenden Monaten radikale

Reformen unter Anleitung internationaler „Berater“, vor allem aus Reihen des IWFs durch. Die Ergebnisse waren die - wenn auch nur kurz anhaltende - Preisstabilität, die Reduzierung des Staatsdefizits und der Rückzug des Staates aus fast allen wirtschaftlichen Bereichen. Gleichzeitig jedoch führte diese Politik zu einem Absinken des Lohnniveaus, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und vor allem zum Wegfall oder der Umstrukturierung des Verteilungssystems. Entscheidend für die weitere Entwicklung der bolivianischen Gesellschaft war der radikale Bedeutungsverlust der COB (Central Obrera Boliviana), der Gewerkschaft. Anders als in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen die Gewerkschaften zunächst vor allem Instrumente des Staates waren und mit dem radikalen Wandel des Wirtschaftsmodells bedeutungslos wurden, wurde die COB jedoch in den 80er und 90er Jahren umgestaltet und ist heute zusammen mit den sozialen und indigenen Bewegungen ein wichtiger politischer Akteur, der von vielen Arbeitern in den unterschiedlichsten Bereichen als Interessensvertreter anerkannt wird.

Die große Welle der Privatisierung staatlicher Unternehmen, unter anderem des Erdgas- und Erdölunternehmens Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos (YPFB) erfolgte jedoch erst unter der ersten Amtszeit von Gonzalo Sánchez de Lozada (1993-1997). Insgesamt wurden in dieser Zeit mehr als 60 öffentliche Unternehmen privatisiert, vor allem im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (Wasser, Telekommunikation, etc.) und der Rohstoffförderung (Erdgas, Erdöl etc.). Mit Sánchez de Lozada wurde das

Wirtschaftssystem endgültig neoliberal und wurde lange Zeit als das Modellbeispiel dafür dargestellt, dass auch in Gesellschaften mit extremen sozialen Ungleichheiten der Neoliberalismus etabliert werden könne. 1998 wurde der Kredit des IWFs für Bolivien verlängert. In der Presseerklärung zu dieser Entscheidung steht zu lesen: „Seit 1985 hat die Wirtschaftspolitik in Bolivien dafür gesorgt, dass das Land zu hohen nachhaltigen Wachstumsraten zurückkehren konnte, was einherging mit einer ständigen Reduzierung der Armut [...]. Vier erfolgreiche Regierungen haben es geschafft, die Reformstrategie [des IWFs] umzusetzen.“⁵ Zudem war Bolivien das erste Land in Lateinamerika (1998), das innerhalb der HIPC (Highly Indebted Poor Countries) Initiative Schulden erlassen bekommen sollte, da es laut IWF alle Vorgaben brillant umgesetzt habe.⁶

YPFB wurde 1937 verstaatlicht (vorher Standard Oil) und war bis 1996 ein staatliches Unternehmen und war sowohl für die Exploration, die Förderung, die Raffinerien, den Transport, die Vermarktung etc. des Erdgases zuständig. 77% der Erdöl und Erdgasförderung in Bolivien lag in der Hand der YPFB und war mit ca. 40% die größte Einnahmequelle des Staates, vor allem zum Zeitpunkt seiner Privatisierung. 1996 wurde das berühmte „Kohlenwasserstoffgesetz“ oder „Energiegesetz“ (Ley de Hidrocarburos) unter Sánchez de Lozada verabschiedet. Dieses Gesetz legalisiert die Privatisierung der Erdöl- und Erdgasförderung, wobei es sehr umstritten ist, ob es überhaupt verfassungsgemäß ist. Die Unternehmen, die sich den Erdgasmarkt untereinander aufgeteilt haben, sind die spanische Erdöl- und Erdgasfirma Repsol YPF (44,6%), die brasilianische Petrobras (17,5%), die italienisch-französische Total Fina Elf (13,4%) und British Gas (13,1%).⁷ Repsol, British Gas und BP, die kleinere Anteile an dem bolivianischen Vorkommen hat, sind zu dem Konsortium Pazific LNG zusammengeschlossen und verfügen damit über weit mehr als 50% der Anteile. Dieselben Firmen haben sich auch den Erdölmarkt Boliviens unter sich aufgeteilt.⁸ Ebenfalls in dem Kohlenwasserstoffgesetz von 1996 wird die Höhe der Besteuerung festgelegt. Für schon neu „entdeckte“ und neu erschlossene Erdgasvorkommen lag der Steuersatz bei 18% des Gaspreises am „Förderloch“, sprich der Preis abzüglich aller Transport-, Verarbeitungskosten etc. Für Stätte, die schon vor der Privatisierung in Betrieb waren, liegt der Satz bei 50%.



Einer der Gründe, die der damalige Präsident Sanchez de Lozada für die Privatisierung der Erdgasvorkommen vorgebracht hatte, waren die Investitionen, die die privaten Unternehmen leisten würden und mit denen neue Vorkommen entdeckt und erschlossen werden könnten, sowie die neuen Technologien, die die Unternehmen importieren und die damit die Förderung effizienter machen würden. So sei die Menge des entdeckten Erdgases seit 1996 um das zehnfache gestiegen. Von Seiten der sozialen Bewegungen wird dies jedoch bestritten. Sie sagen, die Vorkommen seien schon von der YFPB entdeckt und erschlossen und von den Privatunternehmen lediglich übernommen worden. Formell registriert seien sie jedoch erst seit 1996. Da „neu entdeckte“ Förderstellen nur mit 18% besteuert wurden, wäre es im Interesse der Unternehmen gewesen, diese als solche zu deklarieren.

Aufgrund der anhaltenden Proteste wurde im Mai 2005 das neue Kohlenwasserstoffgesetz im Kongress verabschiedet. Das Gesetz sieht vor, dass die Erdgasfirmen die erwähnten 18% an Konzessionen an den Staat zu zahlen haben und 32% Steuern. Das entsprach weder den Forderungen der sozialen und indigenen Bewegungen, noch denen der MAS. Ein Großteil der Bewegungen forderte die Verstaatlichung des Erdgassektors, die MAS bzw. Evo Morales zumindest ein Royalty von 50%.

Die Gasfirmen drohten, dass Bolivien sofort mit einem Verfahren vor dem Schiedsgericht der Weltbank rechnen müsse, falls es tatsächlich die geschlossenen Abkommen über die Höhe der Steuern und die Vergabe der Lizenzen abändern wolle.⁹ Auch die spanische Regierung kündigt an, ebenfalls gegen Bolivien zu klagen, falls sich die Regierung dazu entschließen sollte die Steuern für Repsol zu erhöhen. Petrobras erklärte im März öffentlich, man werde, sollte das neue Gesetz verabschiedet werden, jegliche Investitionen in Bolivien stoppen: „Nicht das dass Geld nicht da wäre, aber wenn es für uns nicht mehr profitabel ist, investieren wir natürlich nicht mehr“, erklärte Fernando de Freitas, Chef des Unternehmens in Bolivien.¹⁰

Und Randal Quarles, Sekretär im us-amerikanischen Finanzministerium drohte kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes: „Natürlich ist es wichtig für Bolivien, die Nutzung ihrer natürlichen Vorkommen rechtlich zu regeln [...]... aber es ist klar, dass dieses Gesetz Ausländische Direktinvestitionen vertreiben wird“ und er fügt hinzu: „sollte das Gesetz tatsächlich

in Kraft treten, muss die Nachhaltigkeit der bolivianischen Haushalte von internationalen Geldgebern, wie dem IWF, der Weltbank und der Inter-American Development Bank (IADB) noch einmal unter die Lupe genommen werden.“¹¹ Repsol erklärte noch am 28.07.05 hingegen, dass sowohl die Gewinne, als auch die Fördermengen im ersten Halbjahr 2005 in Bolivien angestiegen sind, von Problemen aufgrund einer veränderten Rechtslage in Bolivien war in dem Bericht nichts zu lesen.¹²

Auslöser der „Krise“ war die Frage der Nationalisierung der Gasvorkommen, die auch weiterhin ungeklärt ist.

Die spanische Zeitschrift *America Economica* erklärte noch 2004 auf Grundlage von Informationen, die sie von Repsol erhalten habe, dass das von der Regierung Mesa geplante Gesetz sie überhaupt nicht berühre. Eine Erhöhung der Steuern bis zu 50% erschrecke Repsol nicht. Es handele sich lediglich um eine formelle Änderung des Gesetzes, die auf Grund des Drucks der Straße geschehen müsse, was jedoch nicht bedeute, dass der bolivianische Staat mehr Einnahmen hätte. Selbst eine Nationalisierung, wie sie von Teilen der sozialen Bewegungen gefordert werde, würde Repsol nicht erschrecken, da dies höchstens für Unternehmen gelte, die noch über keine Konzessionen in Bolivien verfügen.¹³ Und kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes kündigte Repsol an, man werde sein Engagement verstärken.¹⁴

Die geschätzten Gasvorkommen in Bolivien belaufen sich (gemäß optimistischer Angaben) auf 54,9 TCF¹⁵, die weltweiten Reserven werden auf 5500 TCF geschätzt, womit die in Bolivien zwar im internationalen Vergleich nicht groß, in Südamerika aber die größten Vorkommen sind.

Der Nutzen des Erdgases für Bolivien ist gering, auch wenn mit der Privatisierung 1996 die Förderung rasant zugenommen hat und sich zwischen 1999 und 2003 mehr als verdoppelt hat. Eine Studie der Universidad del Salvador in Buenos Aires hat ergeben, dass sowohl der Anschluss ans Energienetz, als auch die Verbreitung von Erdgas in Bolivien extrem gering ist. Trotz der Steigerung der Erdgasförderung benutzen nur 14% der Bolivianer Gas zum Kochen, wohingegen weiterhin 76% Feuerholz nutzen, was vor allem auf die hohen Erdgaspreise zurückzuführen ist. Auch die Erdölförderung wurde seit

Mitte der 90er Jahre erhöht, die Preise für Benzin in Bolivien jedoch immer wieder angehoben, was oft Auslöser von Streiks und Straßenblockaden ist. Ebenfalls alarmierend ist die Tatsache, dass 2001 in einigen Departamentos weniger als 40% der Haushalte an das Energienetz angeschlossen sind, wobei auch diese Haushalte nicht den ganzen Tag Strom zur Verfügung haben. Vor allem im ländlichen Raum sind die Anschlüsse gering. Hier verfügen knapp 25% der Haushalte über Strom und der Staat hat keinerlei Projekte oder Programme, die dieses Problem in Angriff nehmen würden. Nur 20% der geförderten Menge wird überhaupt in Bolivien verbraucht. Der Norden ist fast komplett nicht an die Gasversorgung angeschlossen, ebenso der Südwesten.

Wohin soll exportiert werden?

Für den Export in die USA und Mexiko, das zumindest offiziell von allen Regierungen von Sanchez de Lozada bis heute bevorzugt wird, wäre der Bau einer Gasverflüssigungsanlage, sowie der Bau eines Hafens an der Pazifikküste unabdingbar. Da der Bedarf Mexikos an Gas jedoch gering ist, würden vor allem die USA von dem Gas profitieren. Dies muss in direktem Zusammenhang mit Problemen zwischen Venezuela und den USA gesehen werden, da die USA befürchten müssen, hier keinen weiteren Zugang zu den Gasvorkommen zu haben, sollte Chavez aus seiner Rhetorik eines Tages Taten folgen lassen.

Die andere Alternative wäre das Gas an die unmittelbaren Nachbarn Brasilien, Argentinien und Chile zu exportieren. Mit Brasilien und Argentinien bestehen bereits Abkommen. Brasilien ist nicht nur an den Gasexporten interessiert, sondern auch an der Vergabe öffentlicher Aufträge an die brasilianische Gasfirma Petrobras durch die bolivianische Regierung. Damit existiert ein direkter Interessenskonflikt zwischen Brasilien, den USA und einigen europäischen Ländern, die ebenfalls Interesse daran zeigen, dass die Aufträge an Unternehmen ihres Landes vergeben werden. Argentinien ist weniger an den Aufträgen, als an dem Gas interessiert. Bolivien exportiert kein Gas nach Chile und machte die Exporte nach Argentinien davon abhängig, dass sich die argentinische Regierung dazu verpflichtete, kein bolivianisches Gas nach Chile weiterzuexportieren. Für Chile bedeutet dies eine komplette Abhängigkeit von den argentinischen Gasvorkommen. Zudem kann Bolivien indirekt die Gasexporte von Argentinien nach Chile steuern, da

Argentinien nur so lange es Gas aus Bolivien bezieht, in der Lage ist, Gas nach Chile zu exportieren. Bei einer Konferenz der ConoSur-Staaten Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay im September ging es um die Lösung des Erdgasproblems. Vor allem Chile ist an dem Import von Erdgas, brasilianische und argentinische Unternehmen sind vor allem an der Vergabe von Lizenzen und Aufträgen interessiert. Vor allem die drei Länder Argentinien, Chile und Uruguay reagierten schnell auf die Probleme der Gasförderung in Bolivien und orientierten sich verstärkt in Richtung Peru. Hier soll eine höchst umstrittene Pipeline nach Chile weiter ausgebaut werden, vor allem auf Drängen Chiles. In der bolivianischen Presse wird dies als Verrat des „Bruders“ Peru gesehen.

Von wo soll das Gas exportiert werden: Peru oder Chile?

Die Entscheidung, die Bolivien längst gefällt haben sollte, würde demjenigen, der als Gewinner aus diesem Gezerre herausgeht, laut der chilenischen Zeitschrift „Que Pasa“ Investitionen von 2 Mrd. US\$ in den Hafenbau beschern. Hinzu kommen all jene Investitionen, die nicht direkt in den Hafenbau fließen, aber direkt mit diesem in Verbindung stehen. Schon im Vorhinein sprachen chilenische Politiker und der Bürgermeister der Stadt Iquique, die dem möglichen zukünftigen Hafen am nächsten ist, mit Vertretern derjenigen Unternehmen, mit denen sie in Zukunft Geschäfte machen wollen: Repsol YFP, BP, BG Group und Pacific LNG. In Verhandlungen mit der bolivianischen Regierung zeigten sich chilenische Politiker weniger verhandlungsbereit. Man hofft wohl, ohne Bolivien Zugeständnisse machen zu müssen, darauf, dass sich die bolivianische Regierung sowieso für Chile entscheiden würde, wenn man die Multis nur auf der eigenen Seite habe. Hier zeigt sich, wer entscheidet

Das Thema, wo der Hafen und die Verflüssigungsanlage gebaut werden soll, ist ebenso heikel, wie das Thema der Empfänger der Gasexporte. Es gibt vor allem zwei Möglichkeiten: Peru oder Chile. Offizieller Ton ist es, Chile vorzuziehen, da die Pipeline nach Peru um einiges länger wäre, als nach Chile. Ob dies der wirkliche Grund ist, wage ich zu bezweifeln. Dass Bolivien auf einen Hafen in Chile drängt, scheint nicht zuletzt auch auf Druck der USA zu geschehen, da diese sich zum einen durch den Freihandelsvertrag mit Chile besondere Zugangsrechte erhoffen und zum anderen, da Chile als wesentlich

zuverlässiger gilt als Peru. Chile ist zwar an der Rolle als Transitland für bolivianisches Gas interessiert, jedoch nicht daran, den Bolivianern den Zugang umsonst zur Verfügung zu stellen. In den bolivianischen und chilenischen Medien werden die Probleme zwischen den beiden Ländern auf den Salpeterkrieg am Ende des 19. Jahrhunderts zurückgeführt. Bolivien verlor den Krieg gegen Chile und musste Territorium an Chile abgeben, weswegen es seitdem keinen Zugang mehr zum Meer hat. Die Konflikte zwischen den beiden Ländern heute sind meiner Meinung nach jedoch auf derzeitige wirtschaftliche Interessen zurückzuführen.

Die sozialen Bewegungen führen verschiedene Gründe auf, die Chile als möglichen Exporthafen ausschließen. Zum einen sei dies „dreister Vaterlandsverrat“, so der sozialistische Parlamentarier Jerjes Justiniano im August 2003, als das Vorhaben des damaligen Präsidenten Sanchez de Lozada, das Gas über Chile zu exportieren, bekannt wurde.¹⁶ Evo Morales hingegen argumentiert, die Tatsache, dass man das Gas im Rohzustand nach Chile schicke, dort das Gas verflüssigt werde, um dann wieder nach Bolivien verkauft zu werden, sei typisch für Bolivien, das sich schon immer von anderen Mächten die Rohstoffe habe klauen lassen, um es dann – weiterverarbeitet – zu Weltmarktpreisen wieder zurückzukaufen. Diese Kritik richtet sich nicht nur an die bolivianische Regierung sondern auch an Chile. Denn wenn Chile Bolivien den Zugang zum Meer zurückgeben würde, dann wäre Bolivien in der Lage, den Gewinn, den sie sich vom Export des Gases erhoffen, wenigstens bis zu dem Schritt einzustreichen, bis es verflüssigt in die USA oder Mexiko transportiert werde.

Die verfassungsgebende Versammlung und die Umgestaltung Boliviens

Im Juli 2006 sollen, laut der Ankündigung des derzeitigen Präsidenten Rodriguez die Wahlen zu den Mitgliedern der verfassungsgebenden Versammlung stattfinden.

Vor allem die MAS fordert eine neue Verfassung, an deren Gestaltung die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen beteiligt sein sollen. Es sollen Versammlungen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene, sowie in Gewerkschaften und sozialen Organisationen abgehalten werden, auf welchen der Verfassungstext entworfen werden soll. Politische Parteien sollen an der Gestaltung der neuen Verfassung nicht teilhaben. Allein der Vorschlag löst bei manchen Personen in Bolivien

Entsetzen aus. So meint Jose Brechner: „Genau hier liegt das große bolivianische Dilemma. Mit einer Bevölkerung die größtenteils bäuerlich ist, im letzten Jahrtausend lebt, sich mit Kartoffeln und Mais zufriedener gibt, die das bekannte Schlechte dem unbekannteren Guten vorzieht, ist ein Fortschritt nicht möglich.“¹⁷ „Diese Mehrheit, die nicht einmal schreiben und lesen kann, möchte ihre Repräsentanten in eine verfassungsgebende Versammlung schicken, um eine neue Verfassung zu schreiben. Was kann bei einer solchen politischen und intellektuellen Verirrung schon rauskommen? Eine populistische Verfassung, mit marxistischem Zuschnitt, in der die totale Macht des Staates über den Bürger festgeschrieben wird und die Schluss macht mit den individuellen Freiheitsrechten und dem privaten Eigentum. [...] barbarische Caudillos werden die Autoren unserer Verfassung sein.“¹⁸

Doch nicht nur die Rechte Boliviens ist gegen eine verfassungsgebende Versammlung, auch einige Teile der sozialen Bewegungen unterstützen diese Forderung nicht. Sie wollen keine formale Änderung des bestehenden Systems, sie wollen eine radikale Umgestaltung. Laut Felipe Quispe geht es um die Zerstörung des alten Boliviens und den Wiederaufbau des „Quallasayana“, des politischen Systems der Indigenen vor der Kolonisierung durch die Spanier.¹⁹ Eine reine Ausbesserung oder Verschönerung des etablierten Systems wolle man nicht dulden und daher kündigte Quispe an, an einer verfassungsgebenden Versammlung nicht teilzunehmen.²⁰

Verfechter der verfassungsgebenden Versammlung sind neben der MAS, Teile der Autonomiebewegung im Osten Boliviens, die auf einer stärkeren Autonomie der Departamentos hoffen. Im Osten Boliviens, in den Departements Santa Cruz, Beni Pando und Tarija (im Südosten) befinden sich fast alle förderbaren Ressourcen, u.a. auch das Erdgas, zudem ist vor allem das Departement Santa Cruz den anderen Regionen wirtschaftlich überlegen. Die Autonomiebewegung bekam im Zuge des Konfliktes über den Erdgasexport neuen Aufwind. Der Tenor in den regionalen Zeitungen war, dass man sich nicht von den Indigenen im Hochland Boliviens vorschreiben lasse, was man mit dem eigenen Erdgas zu machen habe. Und auch José Brechner meint: „Der einzige Ort, wo es noch Führungspersonen gibt, die ausgebildet und ehrlich sind, ist der Osten Boliviens, die versuchen, dass die Vernunft im Rest des Landes herrscht. Aber weil der indi-

genen Mehrheit die Menschen im Osten und deren gleich gesinnte nicht passen, wird sich die Vernunft natürlich nicht durchsetzen lassen.“²¹ Die immer wieder von Medien und Politik betonten Unterschiede zwischen Hochland und Tiefland, die größtenteils rassistisch begründet werden, dienen vor allem der Rechtfertigung der Autonomiebestrebungen des Tieflandes, die sich von einer stärkeren Autonomie vor allem wirtschaftliche Vorteile erhoffen.

Die MAS spricht nicht von einer Autonomie der Regionen, sondern schlägt eine stärkere Dezentralisierung als Lösung des Problems vor. Den Regionen sollen mehr administrative Aufgaben zugeordnet werden, sie sollen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.²² Alvaro García Linera, Soziologe und Kandidat der MAS für den Posten des Vizepräsidenten, hat ein Konzept zur Diskussion gestellt, in dem er für die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Formen der Machtausübung plädiert. Das zentrale Problem Boliviens läge darin, dass verschiedene Verständnisse von Demokratie nebeneinander existieren und nur die repräsentative Demokratie und kapitalistische Gesellschaftsordnung rechtlich anerkannt sei. Nicht anerkannt hingegen ist die Form der partizipativen, „basisdemokratischen“ und konsensualen Demokratie, die praktizierte und anerkannte Form der Demokratie der Mehrheit in Bolivien und zwar der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung. Es müsste jedoch möglich sein, beide Systeme miteinander zu verbinden. Dazu müssten zunächst die Mechanismen der bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften zur Ernennung von politischen Entscheidungsträgern und zur Ausübung der Macht durch eine neue Verfassung anerkannt werden. Zudem sollten bestimmte politische Entscheidungen, die vor allem die indigene und ländliche Bevölkerung betreffen, durch ihre eigenen Institutionen und durch ihre Art der Entscheidungsfindung getroffen und dann auf nationaler Ebene anerkannt werden. Ebenso müsste die Vergabe der Sitze im Parlament verändert werden. Ein Teil solle weiterhin über die Wahl von Parteien, der andere Teil über die Ernennung durch die indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften vergeben werden. Außerdem müsste das System der Rotation, in den meisten Gemeinschaften üblich, auf allen Ebenen anerkannt werden. Um einen Staat zu schaffen, in dem die unterschiedlichen Gruppen miteinander leben können, müsste in allen Bereichen der Machtausübung, der legislativen, judika-

tiven und exekutiven Gewalt, verschiedene politische Mechanismen, wie etwa die repräsentative Parteiendemokratie, die deliberative Demokratie durch Vollversammlungen und die partizipative Demokratie der Gemeinschaften gleichzeitig und gleichberechtigt existieren und anerkannt sein.²³ García Linera schlägt vor, dass sein Modell in der Verfassungsgebenden Versammlung diskutiert und ausgearbeitet werden solle.

Der Termin für die Ernennung der Repräsentanten in der Verfassungsgebenden Versammlung steht fest. Inwieweit diese Versammlung auch tatsächlich stattfinden wird, wer an ihr teilnehmen darf und ob man erwarten kann, ob sich durch eine neue Verfassung de facto etwas ändert, dies alles erscheint zum heutigen Zeitpunkt sehr ungewiss.

Die Hoffnungen auf die Wahlen im Dezember sind gering. Auch wenn ein Großteil der indigenen und sozialen Bewegungen eine Wahl von Morales der von Quiroga vorziehen würde, so ist fraglich, ob sich überhaupt der Großteil der Mitglieder der Bewegungen dazu bewegen lässt, für Morales zu stimmen und ob dieser sich nicht in die Reihe der anderen „linken“ Präsidenten einreihen wird. Morales hingegen scheint entschlossen, Präsident zu werden und versucht einige Stimmen der Mittelschicht für sich zu gewinnen. Dazu wendet er sich von seinen ursprünglichen Forderungen ab. Inzwischen fordert er nicht mehr die Verstaatlichung der Erdgasförderung und verspricht, die Rechte, die die internationalen Unternehmen durch frühere Regierungen bekommen haben, nicht zu beschränken. Den Großgrundbesitzern und Vertretern der landwirtschaftlichen Großunternehmen verspricht er, sie nicht zu enteignen und erklärte, dass die Landnahme durch das „Movimiento Sin Tierra“ von ihm nicht unterstützt werde. Zudem machte er vor Unternehmern in La Paz deutlich, dass die großen Unternehmen auch unter seiner Herrschaft keine Einschränkungen oder gar Enteignungen zu befürchten hätten. Diese Drehung, die die MAS und Morales derzeit vollziehen, sichert ihm vielleicht einige Stimmen der Mittelklasse oder der „politischen Mitte“, sie vergrault jedoch gleichzeitig große Teile der indigenen und sozialen Bewegungen.

Sollte Morales Präsident werden, könnte er der nächste sein, der gezwungen wird, nach Miami zu fliehen.

Anmerkungen

¹ CNN: Letter from Bolivia: Taking the Side of the Coca Farmer. 29.07.02

² Jose Brechner: Por donde se mire, en

Bolivia va a correr sangre; El Iberoamericano. 12.08.05 http://www.eliberoamericano.com/front_notas_detalle.php?id_noticia=651

³ La Republica: Bolivia: tregua a nuevo presidente será sólo hasta que tenga gabinete 11.06.05 http://www.larepublica.com.pe/antiores/index.php?option=com_content&task=view&id=42366&fecha_edicion=2005-06-11

⁴ Eduardo Rodriguez: Antrittsrede; 09.06.05 http://www.presidencia.gov.bo/presidente/discursos_interven.asp

⁵ IWF: Presseerklärung vom 18.09.98 <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/1998/pr9841.htm>

⁶ IMF Survey Oktober 1998: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/pdf/101998.pdf>

⁷ Latinpetroleum: U.S. oil company challenges Bolivia's Hydrocarbons Act; 11.09.05 http://www.latinpetroleum.com/article_4446.shtml

⁸ Latinpetroleum: Bolivia signs tax increase on foreign firms into law; 18.06.05 http://www.latinpetroleum.com/article_4424.shtml

⁹ Latinpetroleum: European oil firms ask Bolivia to respect accords; 13.07.05 http://www.latinpetroleum.com/article_4378.shtml

¹⁰ Latinpetroleum: Petrobras may stop investing in Bolivia in wake of legislation; 24.03.05 http://www.latinpetroleum.com/article_4078.shtml

¹¹ Latinpetroleum: Bolivia energy bill worries U.S. Treasury; 06.05.05 http://www.latinpetroleum.com/article_4180.shtml

¹² Repsol: Presseerklärung; 28.07.05 <http://www.repsolypf.com/eng/todosobrerepsolypf/saladeprensa/noticias/ultimasnoticias/noticias.asp?PaginaID=108931&Nivel=00>

¹³ Ryan O'Connelly: Bolivia quiere arreglar sus cuentas gracias a las petroleras; 06.02.04 <http://www.americaeconomica.com/numeros4/251/reportajes/santidos251.htm>

¹⁴ Nick Boxtton: Eine brennende Wunde in: Freitag 17.06.05

¹⁵ Trillion of cubic feet; 1 TCF (TPC) = ~28 Milliarden m³

¹⁶ Opinion 13.08.03: einsehbar bei http://www.nadir.org/nadir/initiati/agp/free/imf/bolivia/txt/2003/0813alta_traicion.htm

¹⁷ José Brechner: ¡Los bolivianos no necesitamos a nadie! El Iberoamericano; 29.06.05 http://www.eliberoamericano.com/front_notas_detalle.php?id_noticia=543

¹⁸ José Brechner: Una constitución marxista para Bolivia. El Iberoamericano; 06.07.05 http://www.eliberoamericano.com/front_notas_detalle.php?id_noticia=561

¹⁹ Resumen Latinoamericano: „Queremos autogobernarnos“; 31.03.04 <http://www.rebellion.org/sociales/quispe310301.htm>

²⁰ La Jornada (26.10.03): „En Bolivia sólo hubo cambio de personas“; 26.10.03 <http://www.jornada.unam.mx/2003/oct03/031026/033n1mun.php?origen=mundo.php&fly=2>

²¹ José Brechner: Una constitución marxista para Bolivia. El Iberoamericano; 06.07.05 http://www.eliberoamericano.com/front_notas_detalle.php?id_noticia=561

²² www.masbolivia.org

²³ Alvaro García Linera: Democracia Liberal vs. democracia comunitaria; 20.01.04 <http://www.voltairenet.org/article122845.html>

Friedliche KRIEGE?

Die Zivilisierung des Militärischen oder die Militarisierung des Zivilen?

IMI-Kongress 2005 - 19./20. November Begegnungsstätte Hirsch in Tübingen

Weltweit nimmt die Gewalt in bewaffneten Konflikten und sogenannten „Neuen Kriegen“ zu, ebenso die Ambitionen der Großmächte in verschiedenen Konflikten zu intervenieren. Auch die UN rufen verstärkt zu zivilem und militärischem Engagement auf. Der Kongress wird sich mit Legitimationsstrategien westlicher Kriegspolitik und deren Umsetzung in die Praxis beschäftigen. Besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die massive Verquickung vormals rein ziviler Konfliktbearbeitung mit militärischen Aspekten richten und wie unter diesen Umständen Widerstandsperspektiven entwickelt werden können.

Für mehr Informationen besuchen sie auch unsere Homepage:
www.imi-online.de

SAMSTAG 19. NOVEMBER:

12:00 Uhr **Kongress-Eröffnung**

12:15 – 14:00 Uhr

Neue Bedrohungen – Neue Kriege?

Referent: Jürgen Wagner

14:15 – 15:45 Uhr

Das Ende des Zivilen? - Moral und Humanität als Komponenten der Kriegsführung

Referent: Christoph Marischka

16:15 – 18:00 Uhr

Der Handlanger der neuen Kriege: 50 Jahre Bundeswehr

Referent: Tobias Pflüger

19:30 – 21:30 Uhr

Die UNO als Spielwiese der großen Mächte

Referent: Andreas Zumach

SONNTAG 20. NOVEMBER:

9:00 – 11:30 Uhr

Afghanistan: Experimentierfeld zivil-militärischer Zusammenarbeit.

Referentin: Claudia Haydt

Der Sudan als Prototyp westlicher Militärinterventionen.

Referent: Jürgen Wagner

12:00 – 14:30 Uhr

Globale Reaktion und regionaler Widerstand

1. Bewegungen gegen Ausbeutung, Widerstand und Krieg

Referent: Dario Azzellini

2. Diskussion mit VertreterInnen der sozialen Bewegungen über konkrete Handlungsperspektiven.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154